

SPERRE

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!



30 Jahre SPERRE

30 Jahre engagieren, mitmachen oder selber machen

HARTE
ZEITEN
ERFORDERN

GUTE

INFORMANTEN

cuba Arbeitslosenberatung

Beratung nach Vereinbarung sowie offene Sprechstunde di 9-12.30 Uhr

Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel. 0251 / 511929
cuba-beratung@muenster.de
www.cuba-arbeitslosenberatung.de

Mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW,
des Europäischen Sozialfonds und der Stadt Münster



Editorial



Foto: privat

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dies ist die Jubiläumsausgabe zum 30-jährigen Bestehen der Arbeitslosenzeitung Sperre (erscheint seit 1986) und des Trägervereins AbMedien e. V. (gegründet 1987). Dass es nach 30 Jahren die Zeitung und den Verein noch immer geben würde, das überstieg damals die Fantasie der GründerInnen. Und auch, dass das Problem Arbeitslosigkeit selbst in 30 Jahren keine vernünftige Lösung erfahren wird. Damals waren Regelungen wie Hartz IV noch wirre Vorstellungen von durchgedrehten Marktradikalen. Und niemals würde die Bevölkerung so etwas mit sich machen lassen. Niemals? Weit gefehlt. Denn schon damals zeichnete sich eine Entwicklung ab, die der US-Milliardär Warren Buffett noch vor ein paar Jahren so beschrieb: „Es herrscht *Klassenkrieg*, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ 1994 führte die Sperre ein Interview mit dem Weihbischof Ostermann, in welchem dieser bereits eindringlich vor den Auswüchsen des damals aufkommenden Neoliberalismus warnte. Allein der Siegeszug der Marktradikalen war nicht mehr zu stoppen. Und fast alle Parteien rannten den Heilsversprechen der neuen Märkte hinterher. Privatisierungswahn machte sich breit. Aus dem Arbeitsamt wurde die neue hippe Arbeitsagentur. Die „Ich-AG“ wurde erfunden (600 Euro Zuschuss für die Existenzgründung). Erst kamen die Ein-Euro-Shops dann ka-

men dazu passend die Ein-Euro-Jobs. Gab es früher einen Postboten, so gibt es jetzt drei mit Billiglohn. Heraus kam ein viel gepriesenes Jobwunder im Prekariat. Und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter und weiter. Die Angst vor dem Absturz vor der Armut hat mittlerweile – in Zeiten von Hartz IV – weite Teile der Bevölkerung erfasst. Der Bielefelder Soziologe Prof. Wilhelm Heitmeier hat unlängst eine zunehmende Verrohung der Mittelschicht ausgemacht. Doch so lange die Antworten so schlicht wie dumm ausfallen („Die Ausländer sind schuld.“), kann sich die Geld-Elite entspannt zurücklehnen. Solange sich die Benachteiligten gegenseitig bekriegen, werden die Wasser der Empörung nur auf die Mühlen der rechten Populisten gelenkt. Mit dem nur für diese Wenigen beruhigenden Ergebnis: Es wird sich nichts ändern, und das Konto kann weiter anwachsen.

Auf der anderen Seite lehrt uns die Geschichte – und nach 30 Jahren Arbeitslosenzeitung und Verein wird der Blick über den Tellerrand erlaubt sein, dass egoistische und gierige Gesellschaften nicht überleben werden. Sie haben ja im Kern auch nichts Positives zu bieten. Und schon gar nicht christlich-abendländische Werte. Überlebensfähig sind am Ende nur solidarische und offene Gesellschaften. Das gilt für Deutschland, aber auch in der Beziehung zu anderen Ländern. Wer aber auf das Militär setzt, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, wie der ehemalige Bundespräsident Köhler es für Deutschland empfahl, der braucht sich über Terrorismus im eigenen Land nicht zu wundern. Nein, mit dem Neoliberalismus und seinen ausgefahrenen Ellenbogen ist auf Dauer kein Staat zu machen. Eine Welt schon gar nicht. Sozialer Frieden und soziale Gerechtigkeit sind die Kehrseiten der gleichen Medaille. Wer Frieden haben will, und das nicht nur hier, der muss sich für eine sozial gerechte Gesellschaft einsetzen. Und eine sozial gerechte Gesellschaft hier wird auch Sorge tragen für eine ebensolche in anderen Ländern. Frieden ist nicht einfach. Aber die Alternative dazu ist nicht lebenswert. Und lebenswert sollte unsere Gesellschaft für alle Menschen sein. Besser heute als erst in dreißig Jahren.

Norbert Attermeyer

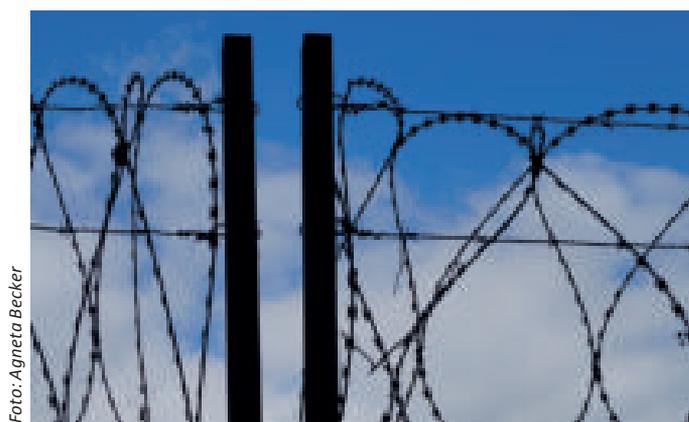


Foto: Agneta Becker

„Wer Frieden haben will, nicht nur hier, der muss sich für eine sozial gerechte Gesellschaft einsetzen.“



Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße



Montag

10:00 - 16:00 Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
15:00 Frauen - Treff (14 tägig, Berliner Platz 29)
16:00 - 18:00 PC - Schulung / online-Bewerbung

Dienstag

10:00 - 14:00 Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
14:00 - 16:00 Ideenschmiede
16:00 - 18:00 Mehr Lebensqualität

Mittwoch

10:00 - 11:30 Der Pflanzendoktor
11:30 - 14:00 Teamschulung und ab 12 Uhr Teamsitzung
14:00 - 16:00 Offener Treff
16:00 - 17:30 Mehr Lebensqualität
17:30 MALTA – Chor

Donnerstag

10:00 - 12:00 Frauenvormittag: Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
12:00 - 16:00 Allgemeine Beratung / Formular- Hilfen

Freitag

10:30 - 13:00 Offenes Frühstück
13:00 - 16:00 Offener Treff
16:30 - 18:00 Deutsch - Kurs (nach Anmeldung)
18:00 - 20:00 Spanisch - Kurs (nach Anmeldung)

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de



Foto: Agneta Becker

6 Chancen und Anerkennung bleiben aus

Alleinerziehende entwickeln Eigenschaften, wie sie von Führungskräften erwartet werden. Sie sollten also eigentlich gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Noch dazu sollten Sie hohe gesellschaftliche Anerkennung genießen, geben Sie doch von morgens bis abends alles. Doch diese Chancen bekommen Sie in der Realität nicht und die Anerkennung ihrer Leistungen ebenso wenig. Denn Sie haben ein Kind. Oder mehrere. Und Sie leben mit ihnen allein, ohne PartnerIn.

12 Konkrete Lösungen für Ratsuchende

Beständig begeben sich Bürger und Bürgerinnen aus der EU auf die Suche nach einem besseren Leben nach Deutschland – und damit auch nach Münster. Hier haben sie mit etlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. So gilt es vorrangig, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden. Wie die Organisation Europa.Brücke.Münster den Menschen dabei hilft, erläutert Bernd Mülbrecht in einem Gespräch mit der *SPERRE*.

24 Reparieren spart Geld und Ressourcen

Wir leben in einer Wegwerfgesellschaft, ganz klar. Viele Menschen kaufen einfach etwas Neues, wenn der Fön seinen Dienst versagt oder die Naht am Kleid



Foto: Agneta Becker

aufgeht. Doch immer mehr Menschen suchen nach Alternativen zum schnellen Konsum. Sei es aus Not oder aus Überzeugung. Repair-Cafés bieten die Möglichkeit dazu.

ZUM LEBEN ZU WENIG

- 6 Kampf um Unterhalt und Kinderbetreuung**
Ein-Eltern-Familien bleibt oft genug die nötige Anerkennung verwehrt
- 12 Wenn EU-Bürger durchs soziale Netz fallen**
Ein Interview mit Bernd Mülbrecht über die Organisation Europa.Brücke.Münster

TITEL – 30 JAHRE SPERRE

- 16 Trau' keinem über dreißig**
Rückblick eines Urgesteins auf 30 Jahre Sperre
- 20 Die Sperre im Lauf der Zeit**
Titelseiten vom Anfang bis heute
- 22 „Die 31“ steht noch**
Wie die Sperre einen jahrelangen und erfolgreichen Häuserkampf begleitete
- 23 Ein sporadischer Mitarbeiter**
„Balko Klattmor“ und seine Erfahrungen mit dem Jobcenter

NUTZNIESSEN

- 24 Reparieren statt konsumieren**
Sparen und Kontakte knüpfen im Repair-Café

ÜBER DEN TELLERRAND

- 27 „One Billion Rising“**
Weltweite Bewegung kontra Gewalt gegen Frauen und Mädchen

ARBEIT & SOZIALES

- 28 Interessante Experimente**
Das bedingungslose Grundeinkommen im Praxistest

NICHT SPERRIG

- 31 ALLES WAS RECHT IST**
- 35 KURZMELDUNGEN**
- 38 IMPRESSUM**

30 Jahre **speT**re



1988 - die Sperre beim Bundesparteitag der SPD in Münster

ZUM LEBEN ZU WENIG



Fotos:

Die Alleskönnerinnen

Sie sollten im Grunde gute Chancen am Arbeitsmarkt haben. Ihr ausgeprägtes Organisationsgeschick und Ihre Fähigkeiten im Management entsprechen ohne Weiteres dem Personalprofil zahlreicher Stellenangebote. Doch die Wirklichkeit für Alleinerziehende, zumeist Frauen, sieht anders aus. Auf eine Chance im Berufsleben oder die Anerkennung der Gesellschaft warten sie oft vergebens.

Von Lisa Liesner

In Stresssituationen bleiben Sie gelassen und behalten stets den Überblick über das Chaos? Kommunikation ist Ihre Stärke und Networking gehört zu Ihrem Tagesgeschäft? Sie übernehmen gern Verantwortung und arbeiten selbstständig? Dank diplomatischem Geschick und Ausdauer sind Sie Experte/in in Krisenmanagement?

Sie sind stets an Lösungen orientiert und finden diese mit Hilfe Ihrer Kreativität, Ihres Improvisationstalents und einer guten Portion Pragmatismus?

Solche Eigenschaften werden von Führungskräften erwartet. Sie sollten also eigentlich gute Chancen am Arbeitsmarkt haben. Noch dazu sollten Sie hohe gesellschaftliche Anerkennung erfahren, geben Sie doch von morgens bis abends alles. Doch die Chancen bekommen Sie nicht – und die Anerkennung für Ihre Leistungen müssen Sie sich schon selbst beschaffen. Denn Sie haben ein Kind. Oder mehrere. Und Sie leben mit ihnen allein, ohne PartnerIn.

Alleinerziehend – ein Wort, welches die Nationale Armutskonferenz bereits 2013 in die Liste der sozialen Unwörter aufgenommen hat. Denn es weckt negative Assoziationen, wertet die Betroffenen ab. Ein-Eltern-Familie klingt weniger defizitär und stellt die Familien gleichberechtigt neben Paar-Familien. Wo sie auch hinge-

hören, da mittlerweile jede fünfte Familie in dieser Konstellation lebt – bundesweit also auch in Münster. Doch die Erfahrung der Betroffenen wie auch die Statistiken zeigen klar: Sie haben nicht die gleichen Chancen und auch nicht die gleichen Rechte. Der Armutsbericht 2016 offenbart die Benachteiligungen, die der Verband allein erziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) bereits seit seiner Gründung 1967 kritisiert. Der betreuende Elternteil – und das sind in 90 Prozent der Familien die Mütter – muss in vielen Fällen allein für die Existenzsicherung sorgen. Doch ein ausreichendes Haushaltseinkommen erzielen sie kaum. Das liegt nicht etwa an ihrer mangelnden Motivation oder an fehlender Bildung. 42 Prozent der Mütter in Ein-Eltern-Familien arbeiten Vollzeit, bei den Ehefrauen sind es nur 25 Prozent. Die Gründe liegen woanders (siehe Grafik S. 10).

Kein Unterhalt? – Pech gehabt...

Sigrid Femi, die Geschäftsführerin des VAMV-Ortsverbandes in Münster, kritisiert, dass nicht geleisteter Unterhalt noch immer als Kavaliersdelikt behandelt wird. „Warum müssen die Frauen dem Unterhalt hinterherrennen? Ich finde, das ist eine Bringe-Schuld.“ Ein-Eltern-Familien sollten nicht in die Situation kommen, diesen finanzi-

ellen Engpass selbst zu kompensieren. Sabine Walther (*Name v. d. Redaktion geändert*) spricht als Mutter zweier Kinder aus eigener Erfahrung: „Der Vater müsste eigentlich einen Unterhalt von 670 Euro zahlen. Aber er be ruft sich auf seinen Selbstbehalt von zirka 1100 Euro. Somit kommt bei uns nie der volle Unterhalt an. Das Geld fehlt dann natürlich, und ich muss schauen, wie ich es selbst erwirtschaftete.“ Femi kennt das nur zu gut: „Das ist eine üble Situation, in die man dann die Frauen und Kinder bringt“. Eine Beistandschaft kann in solchen Fällen helfen, Unterhaltsansprüche konsequent geltend zu machen. Informationen dazu gibt es beim Jugendamt. Der VAMV e.V. fordert deshalb eine Grundsicherung in Höhe von 604 Euro monatlich für jedes Kind, da nur diese Unterstützung Kinder langfristig aus der Armut holen und unabhängig von Herkunft und Familienform fördern kann.

Erste Verbesserungen bei der Betreuung

Einige Kitas haben erkannt, dass gerade Ein-Eltern-Familien eine flexiblere Betreuung brauchen. In Münster gibt es beispielsweise die „Extrazeit“, in der Kinder auch nach der regulären Öffnungszeit betreut werden. Jedoch besteht weiterer Handlungsbedarf. Familien sollten bei der Wochenend-



Die Alleskönnerinnen

betreuung finanziell unterstützt werden. Dies geht bisher nur, wenn die Betreuung eine qualifizierte Tagespflegeperson übernimmt. Solche Fachkräfte arbeiten aber nicht am Wochenende. Auch ArbeitgeberInnen sollten geeignete Arbeitszeitmodelle und Unterstützungsmaßnahmen anbieten, vor allem wenn die Betroffenen in der Pflege und der Hauswirtschaft arbeiten, was oft vorkommt. Denn ohne Betreuung der Kinder keine Annahme einer Arbeitsstelle. Martina Nötzold kennt das Problem: „Als Sozialarbeiterin ist in vielen Jobs Flexibilität gefragt. Mit meinen Kindern im Lebenslauf wurde ich da fast immer aussortiert.“

„Wo bleibt denn bitte die Wertschätzung?“

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen betrug laut NRW-Familienbericht 2015 bei Ein-Eltern-Familien 1676 Euro, während es bei Paarfamilien 3591 Euro waren. Paarhaushalte können nicht selten über zwei Monateinkommen verfügen. Hinzu kommt, dass das Gehalt von Frauen in Deutschland durchschnittlich nach wie vor niedriger ist als das ihrer männlichen Kollegen. Die Mütter, die keine überdurchschnittliche berufliche Qualifikation haben und keinen vollen Unterhalt vom Vater bekommen, müssen fast immer mit Leistungen vom Jobcenter aufstocken.

„Wenn eine Frau arbeiten geht und alleine ihre Kinder großzieht, ist das eine unglaubliche Leistung“, fasst Femi zusammen. „Wenn sie dann aber noch zum Jobcenter gehen muss – wo bleibt denn da die Anerkennung? Das ist doch keine Wertschätzung von dem, was sie macht.“

Bröckeln statt Durchbruch

Das Resultat: Die Hälfte der von Armut betroffenen Kinder lebt in Ein-Eltern-Familien. Deren Armutsrisiko ist bis zum Jahr 2014 auf 41,9 Prozent angestiegen. Bei Paarfamilien liegt es mit 9,6 bis 24,6 Prozent – je nach Anzahl der Kinder – deutlich niedriger. Und das, obwohl die Erwerbstätigkeit seit Jahren zunimmt. Da viele Mütter aber aus den genannten Gründen in geringfügigen Beschäftigungen verharren müssen, droht ihnen später die Altersarmut. Mütter aus Paarfamilien können hier noch – wenn auch unzureichend – Ansprüche aus der Ehezeit ableiten, Mütter in Ein-Eltern-Familien können das meist nicht. Auch monetäre familienpolitische Leistungen kommen bei den Ein-Eltern-Familien oft nicht an.

Gleichwohl gibt es an einigen Stellen kleine Fortschritte: Das Rechtsvereinfachungsgesetz drohte die Situation im vergangenen Sommer noch zu verschärfen, weil Ein-Eltern-Familien tageweise das Sozialgeld vollständig

gekürzt werden sollte, sobald das Kind Umgang mit dem anderen Elternteil hat. Ein massiver Protest von Verbänden und Betroffenen konnte diese Verschärfung verhindern. Da aber eine klare rechtliche Regelung für Trennungsfamilien im Hartz-IV-Bezug fehlt, wird in Einzelfällen trotzdem noch immer willkürlich gekürzt. Im Oktober einigten sich außerdem Bund und Länder, den Unterhaltsvorschuss (siehe Grafik) bis zum 18. Lebensjahr des Kindes zu verlängern und die begrenzte Bezugsdauer von 72 Monaten aufzuheben – ein wichtiger Schritt zur Armutsvermeidung. Dies sind aber nur Teilerfolge. Denen muss die Einführung einer Umgangspauschale in den ALG-II-Sätzen folgen, die dem Mehrbedarf dieser Familien Rechnung trägt.

Bei der oft kritisierten Besteuerung gab es ebenso einige Verbesserungen. Trotzdem werden Ein-Eltern-Familien noch immer mit einem Entlastungsbetrag von 1908 Euro abgespeist, während der Staat einen Trauschein mit einer bis zu 15.700 Euro hohen Entlastung im Jahr belohnt. „Es steht also in keinem Verhältnis zu dem, was Paarfamilien an Steuern einsparen können. „Das ist ein Witz!“, kommentiert VAMV-Geschäftsführerin Femi. Es besteht also auch in diesem Bereich weiterhin Handlungsbedarf.

Wichtige Kontakte in Münster:

- AK Alleinerziehende:

www.alleinerziehende-muenster.de

- VAMV e.V.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter: www.vamv.de

- Studie der Bertelsmann Stiftung:

<https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/alleinerziehende-unter-druck-1/>

Ihr seid nicht allein

Für den Alltag der Familien bedeutet dies: finanzielle Engpässe bis hin zum Existenzkampf. Die Eltern versuchen dies durch möglichst viel Erwerbsarbeit zu kompensieren. Zeit für anderes bleibt meist wenig. Trotzdem hängen an ihnen weiterhin alle Familien- und Alltagsaufgaben und dazu noch der bürokratische Mehraufwand für Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss und anderes mehr.

„Ich bin für alles zuständig und muss alle Entscheidungen allein treffen“, erzählt Martina Nötzold. „Ich gehe zu Elternsprechtagen und zu Elternabenden. Ich organisiere Geburtstagsfeiern, gehe mit den Kindern zum Arzt, bringe sie zu Sport- und Musikkursen.“ Ungeachtet dieser Leistungen sind es aber fast immer die Betroffenen selbst, die sich dafür auf die Schulter klopfen. Warum? Weil für sie als Frauen Haushalt und Erziehung noch immer als naturgegebene Aufgaben

angesehen werden, die keine besondere Wertschätzung brauchen? Die betroffenen Mütter wachsen an ihren Aufgaben, besitzen dadurch oft eine innere Stärke und ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Organisationsgeschick.

Der VAMV in Münster bietet viele Chancen, sich mit anderen zu vernet-



zen, zum Beispiel beim gemeinsamen Frühstück. Außerdem organisiert der Verein eine Kinderbetreuung in Notsituationen: Beim DiNo-Projekt (Dienst im Notfall) arbeiten zuverlässige und erfahrene Betreuerinnen, die die Kinder zu Hause betreuen, wenn der betreuende Elternteil krank wird. „Der DiNo war wirklich eine immense Erleichterung, als ich krank oder auch im Wochenbett war“, berichtet Martina Nötzold. „Es war toll, jemanden da zu haben, wenn das Chaos ausbricht.“

Zudem gibt es eine Kooperation mit dem Projekt Madame Courage, welches Studierende finanziell unterstützt. In persönlichen Beratungsgesprächen helfen VAMV-Mitarbeiterinnen bei Problemen rund um Trennung, Unterhalt, Umgang etc. „Ich kann nicht bei allen Problemlagen Rat geben“, bedauert Sigrid Femi. „Doch durch unseren Arbeitskreis Alleinerziehende sind wir in Münster gut vernetzt und ich

Deutschlands schnellste Online-Druckerei.
Immer einfach, schnell und zuverlässig drucken.
Immer bedarfsgerecht in allen Auflagen bestellen.
Mit der Online-Druckerei von CEWE.

Wir sind jederzeit gerne und gut gelaunt für Sie da!
Tel. 0800 - 589 31 41* oder www.viaprinto.de

viaprinto
Es folgt hier weitere Infos

**FÜR EINE
ARMUTSFESTE
GRUND-
SICHERUNG
OHNE
SANKTIONEN**

Maria Klein-Schmeink

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

www.klein-schmeink.de

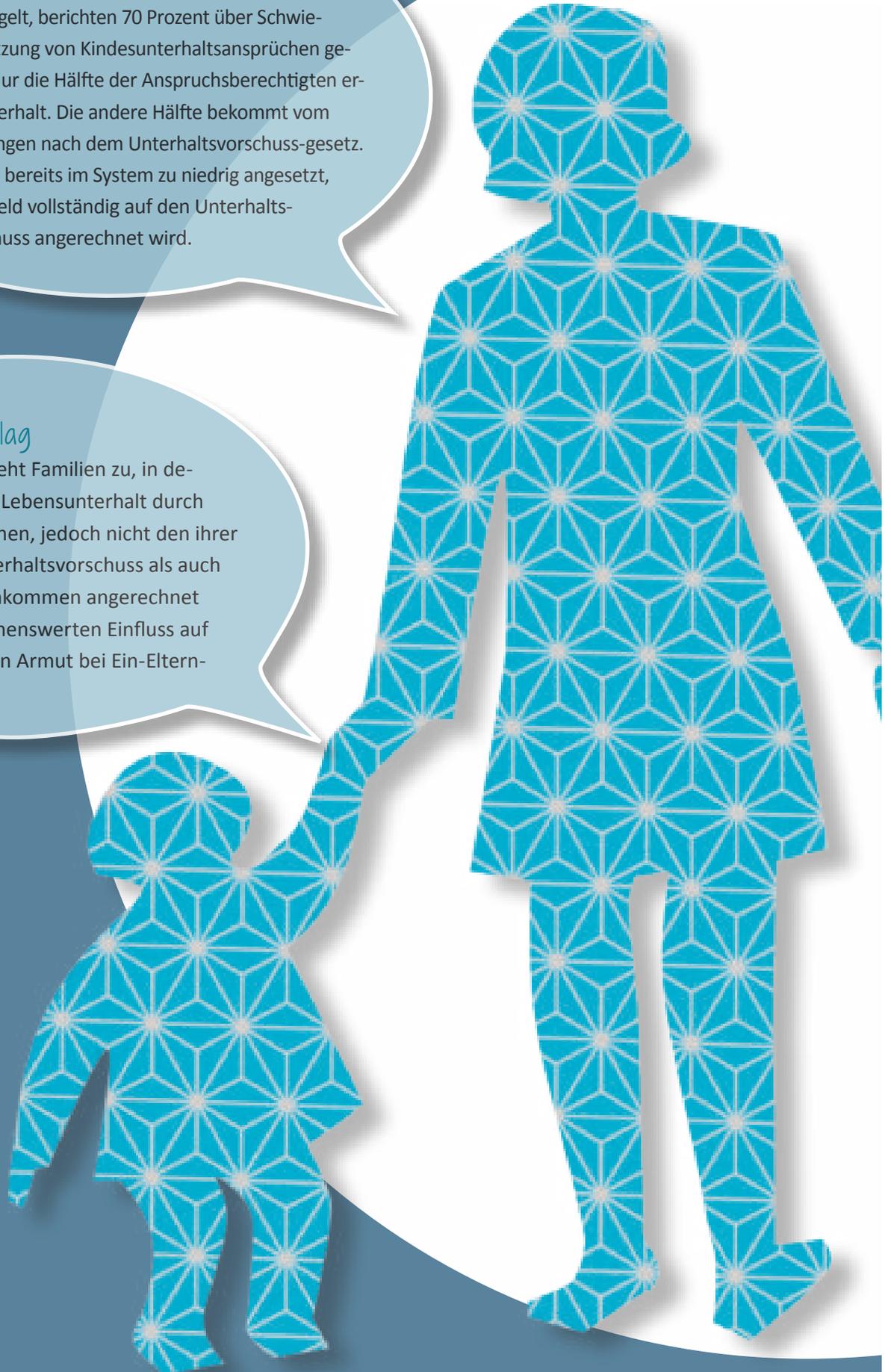
Unterhalt und Unterhaltsvorschuss

Obwohl gesetzlich geregelt, berichten 70 Prozent über Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Kindesunterhaltsansprüchen gegenüber dem Ex-Partner. Nur die Hälfte der Anspruchsberechtigten erhält tatsächlich Kindesunterhalt. Die andere Hälfte bekommt vom Staat (Sozialamt) Leistungen nach dem Unterhaltsvorschuss-gesetz.

Diese sind allerdings bereits im System zu niedrig angesetzt, da das Kindergeld vollständig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet wird.

Kinderzuschlag

Der Kinderzuschlag steht Familien zu, in denen zwar die Eltern ihren Lebensunterhalt durch ihr Einkommen decken können, jedoch nicht den ihrer Kinder. Da aber sowohl Unterhaltsvorschuss als auch der Kindesunterhalt als Einkommen angerechnet wird, hat er keinen nennenswerten Einfluss auf die Vermeidung von Armut bei Ein-Eltern-Familien.



SGB-II-Leistungen

40 Prozent der Ein-Eltern-Familien beziehen SGB-II-Leistungen, fast viermal so viel wie der Durchschnitt aller Haushalte. Viele von ihnen sind sogenannte AufstockerInnen, die trotz Erwerbstätigkeit auf die SGB-II-Leistungen angewiesen sind. Die Gründe dafür: fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und keine familienfreundlichen Arbeitszeiten. Aufgrund der geringen Bemessung fehlen in diesen Haushalten auf lange Sicht Güter, die in anderen Haushalten selbstverständlich sind. Der ewige Gang zum Jobcenter schafft bei den Eltern ein Gefühl der Unzulänglichkeit und Stigmata für die Kinder.

Die Alleskönnerinnen

Fehlende Betreuungsangebote

Ein-Eltern-Familien sind auf eine funktionierende Kinderbetreuung angewiesen, die über das aktuelle Angebot hinausgeht. Alleinerziehende sind in allen Branchen tätig, auch in Vollzeit, Schicht- oder Wochenenddiensten. Außerhalb der angebotenen Betreuungszeiten müssen bisher oft private BabysitterInnen einspringen, für deren Bezahlung die Familien komplett selbst aufkommen.

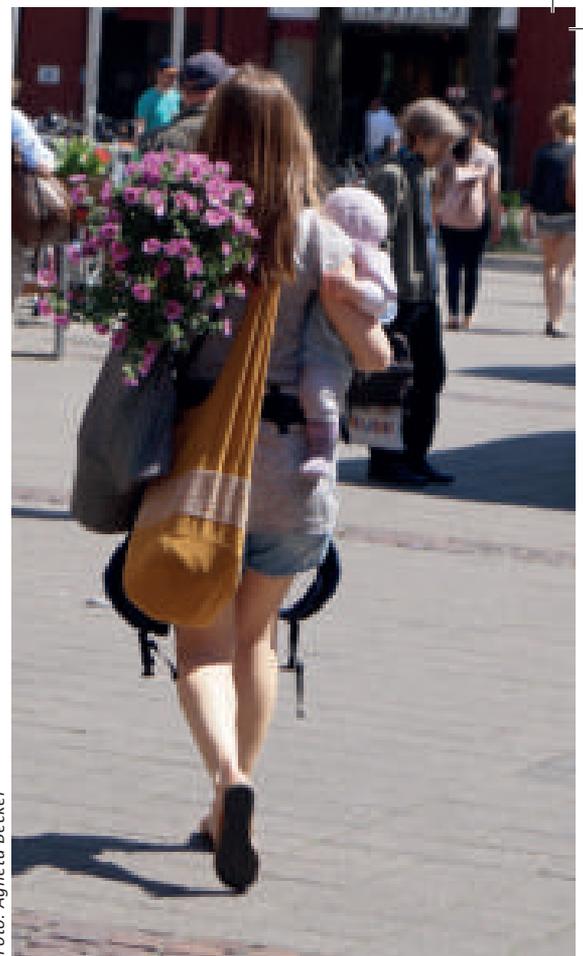


Foto: Agneta Becker

kann direkt Kontakt zum passenden Ansprechpartner herstellen.“ Viele Informationen finden sich auch online unter www.alleinerziehendemuenster.de.

Weg vom lebensfremden Familienideal

Die dauerhafte Mehrfachbelastung wäre nicht nötig, würde die Gesellschaft die Vielfalt von Familienformen endlich anerkennen und politische Rahmenbedingungen schaffen, die allen die gleichen Chancen einräumen. Stattdessen wird uns von Kindesbeinen an das Ideal der freudestrahlenden Paarfamilie präsentiert – hetero und am besten mit Häuschen in der Vorstadt. Andere Familienformen empfinden Menschen dann schnell als anormal, nicht erstrebenswert oder sogar als minderwertig. Medien und soziales Umfeld bestärken diese Überzeugung häufig und begünstigen so die Andersbehandlung.

Zum Schluss stellt sich noch eine naheliegende Frage: Wären die Rahmenbedingungen für Ein-Eltern-Familien nicht schon längst besser, wenn die Betroffenen nicht zu fast 90 Prozent weiblich wären? Denn in den zuständigen und entscheidenden Gremien sitzen meist Männer – wessen Interessen vertreten sie wohl? ■

SPERRE-Gespräch mit
Bernd Mülbrecht von
der Organisation Europa.
Brücke.Münster über EU-
Bürger, die bisher durch das
soziale Netz gefallen sind

„Den Menschen ein Gesicht geben“

EU-Bürger, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Deutschland auswandern, haben es nicht immer leicht, eine gute Arbeit oder eine Wohnung zu finden. Bernd Mülbrecht von der Europa.Brücke.Münster kennt die häufigsten Probleme und vermittelt den Ratsuchenden Hilfen bei Partnerorganisationen.

Interview: Darta Sils - Fotos Agneta Becker



Foto: Bernd Mülbrecht

Herr Mülbrecht, was sind die Herausforderungen bei der Beratung von neu zugewanderten EU-Bürgern?

Einmal ist es die relativ unklare Rechtslage und die damit verbundene Frage: Haben Menschen Ansprüche, haben sie keine Ansprüche auf Sozialleistungen? In der Regel sind sie ausgeschlossen vom Arbeitslosengeld-II-Bezug, und die Sozialhilfeansprüche sind sehr umstritten. Insofern stoßen wir immer wieder auf Menschen, die praktisch weder krankenversichert sind, noch sonstige Transferleistungen erhalten. Die leben also nicht nur in relativer, sondern tatsächlich in absoluter Armut. Dazu kommt: Was ist, wenn jemand krank ist? Was ist, wenn eine Frau schwanger ist, Kinder bekommt? Da tauchen humanitäre Fragen auf, die sind die ganz großen Herausforderungen.

Was sind die häufigsten Probleme Ihrer Klienten?

Die Problemlagen kreisen rund um Wohnung, Gesundheit, den Arbeits-

markt und um die Bürokratie. Das sind die vier Hauptfelder, auf denen bei jeder Person Probleme in unterschiedlicher Form auftauchen.

Was für eine Arbeit haben die EU-Bürger meistens?

Das sind ganz unterschiedliche Arbeiten, aber sehr häufig liegen sie im Reinigungs- und im Gaststättenbereich. Es gibt Jobs in der Fleischindustrie. Das sind so die Jobs, die am Anfang Möglichkeiten bieten. Es sind sehr häufig Mini-Jobs, sehr oft bei Leiharbeitsfirmen.

Welche Probleme gibt es in Bezug auf Wohnraum?

Ein großer Teil der Menschen, die zu uns kommen, leben in prekären Wohnsituationen. Einige leben bei Bekannten oder Verwandten, die schon eine Wohnung haben, und dann sind die Wohnungen überfüllt. Dann gibt es auch oft Stress mit dem Vermieter, aber auch mit den Nachbarn. Oder Menschen mieten sich ein ganz kleines Zimmer, und es wohnen aber ganz viele Leute drin. Oder Menschen sind tatsächlich ohne Wohnung und leben noch im Haus der Wohnungslosenhilfe oder in der Notunterkunft in einem ehemaligen HUK-Versicherungsgebäude. Einige leben auch auf dem Landfahrerplatz in Nienberge, in Wohnwagen, in Zelten, einige leben in Autos. Daher ist es für

uns eine große und drängende Aufgabe, Menschen ein Obdach zu vermitteln.

Deswegen ist auch der Weg zum Wohnungsamt so wichtig, um den Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins zu ermöglichen. Oder wir begleiten die Menschen zu den großen Wohnungsbaugesellschaften – beispielsweise Saale, LEG, Wohn & Stadtbau –, um sie auf den Wartelisten aufnehmen zu lassen, bis es irgendwann zu einer Vermittlung in eine Wohnung kommt.

Haben die Menschen in prekären Wohnverhältnissen Priorität bei der Wohnungsvermittlung?

Nicht unbedingt. Ich habe jetzt zum Beispiel ein Ehepaar, da ist der Mann doppelt beinamputiert. Da klären wir gerade: Gibt es Ansprüche, gibt es keine Ansprüche? Aber irgendwo müssen sie bleiben. Das ist dann die Herausforderung, ganz schnell etwas zu finden.

Wie gehen Sie mit Sprachbarrieren um?

Wir bemühen uns, ganz einfach zu sprechen. In gewissen Fällen geht es aber nicht ohne Dolmetscher, wenn jemand zum Beispiel im Krankenhaus ist und es um sehr private oder juristische Dinge geht. Dolmetscherdienste müssen wir aus Spendenmitteln finanzieren.

Welche Sprachen sprechen die Klienten überwiegend?

Bulgarisch, Slowakisch, Rumänisch, Ungarisch, Lettisch, Polnisch; ein Mensch aus Estland ist gerade in einer Pflegeeinrichtung, also Estnisch, auch Spanisch und Portugiesisch. Alle europäischen Sprachen sind vertreten, insbesondere die aus Südosteuropa.

Was für Lösungsvorschläge machen Sie Ihren Klienten?

Die Lösungsvorschläge sind ja immer kon-

nimmt, Mann und Frau suchen sehr schnell nach einer Arbeit und werden dann auch fündig. Wir unterstützen sie dann bei den ganzen Anträgen, schalten dann auch die Fachstelle Wohnungssicherung der Stadt Münster ein, kriegen dann gegebenenfalls über die Stadt eine Obdachlosenunterkunft angeboten. Wenn es ganz gut läuft, kriegen wir über die Wohnungsgesellschaften auch eine Wohnung. Das sind dann die Fälle, die in

gerne aus deren Heimatländern Rumänien, Ungarn oder Bulgarien als Fachkräfte in die wohlhabenderen Länder abgeworben.

Gleichzeitig gibt es aber nicht die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit, wenn dann mal arme Menschen kommen. Dann gibt es durchaus auch widerstrebendes, abgrenzendes und abweisendes Verhalten. Hier kommt die Zuwanderung im Moment nicht in den Medien vor. Aber



„Wir zeigen den Leuten, wo hier die richtigen Ansprechpartner sind.“

kret an ihre Problemlagen geknüpft. Wo kann ich bleiben? Wo kann ich etwas zu essen bekommen? Wo gibt es vielleicht einen Arbeitsplatz? Wir helfen bei der Antragstellung vielerlei Anträge: auf Kindergeld, Wohngeld, Arbeitslosengeld II. Wir zeigen den Leuten, wo hier die richtigen Ansprechpartner sind. Wir informieren über die Möglichkeiten des Schulamtes, des Gesundheitsamtes, der Wohnungslosenhilfe. Wir informieren über die ganzen sozialen Netze, die es in Münster gibt, beraten die Menschen und begleiten sie auch zu den Ämtern und Einrichtungen.

Können Sie von einem Fall berichten, der Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?

Es sind oft Menschen mit Kindern, wo dann ganz schnell auch Lösungen her müssen. Denn mit kleinen Kindern kann man relativ wenig improvisieren, die brauchen immer etwas Festes und Verlässliches.

Das geht dann oft so, dass eine kirchliche Organisation eine Familie auf-

besonders guter Erinnerung bleiben, wenn es stufenweise gut weitergeht.

Dann komme ich jetzt zu den strukturellen Ursachen von Armut. Ganz allgemein gefragt: Was sind nach Ihrer Erfahrung die Ursachen von extremer Armut?

Ich sehe ja, dass die EU richtig zweigeteilt ist. Es gibt die prosperierenden Staaten, das sind eher die nordwestlichen Staaten, und es gibt Staaten, die eine ganz andere, eine schlechtere wirtschaftliche Ausgangslage haben, das sind die ehemaligen Ostblockstaaten. Natürlich gibt es da ein großes Gefälle zwischen diesen beiden Lagern. Das Gefälle führt dazu, dass Menschen dorthin wandern, wo sie sich ein besseres Leben versprechen.

Ich finde es auch manchmal ein wenig zwiespältig, wenn es aus den gut-situierten Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Holland Angebote für bestimmte Berufsgruppen gibt, beispielsweise für Ärzte, Ingenieure oder Krankenschwestern. Die werden sehr

vor zwei bis vier Jahren, als es um die Zuwanderung von EU-Bürgern ging, da war der Fokus oft auf diese Armutsmigranten gerichtet, und da gab es keine faire Berichterstattung.

Sehen Sie die Verantwortung für Armut eher im persönlichen Bereich oder in einem größeren Kontext?

Ich sehe die durchaus in einem größeren Kontext, wobei natürlich jeder Mensch für sich auch Verantwortung hat. Das eine widerspricht ja nicht dem anderen. Es gibt ja auch Menschen in den EU-Staaten, die zu Minderheiten gehören und die sich noch um ihre Bürgerrechte bemühen und darum kämpfen müssen. Insofern sehe ich die Ursachen für Armut in einem anderen strukturellen Umfeld.

Welche Minderheiten sind das in der EU, die noch um ihre Rechte kämpfen müssen?

Das sind zum Beispiel Russen aus den baltischen Ländern, es sind türkischsprachige Muslime aus Bulgarien, es



Europa.Brücke.Münster

Seit dem 1. Januar 2016 gibt es die Beratungsstelle, die auf Initiative des Hauses der Wohnungslosenhilfe unter dem Dach der Bischof-Hermann-Stiftung gegründet wurde. Sie wendet sich an neu aus der EU nach Münster zugewanderte Menschen, die von Armut betroffen sind.

EUROPA.BRÜCKE.MÜNSTER
Hafenstraße 3-5
48153 Münster
Telefon: (0251) 97 44 22 72
E-Mail: ebm.info@bhst.de

Beratungszeiten:
Mo - Do von 8.30 - 16 Uhr,
Fr von 8.30 - 15 Uhr und
nach Vereinbarung

sind Angehörige der Roma-Minderheit aus Bulgarien und der Slowakei. Die fallen mir jetzt als Erstes ein.

Wie bewerten Sie die Rolle der Politik bei der Entstehung von Armut?

(lacht) Sie stellen aber wirklich sehr grundsätzliche Fragen. Ich bin hier immer sehr menschnah und kommunalpolitisch unterwegs. Die ganz große Politik, die europäische Politik und deren Auswirkung auf die Armut, die habe ich persönlich nicht untersucht und da kann ich wenig zu sagen.

Sind die sozialen Ursachen von Armut in Ihrer konkreten Arbeit überhaupt wichtig?

Die sozialen Ursachen von Armut? Die sind natürlich extrem wichtig. Dieser Hilfsfond, der unsere Arbeit unterstützt, ist ja auch ein Ergebnis von europäischer Politik. Interessant ist ja, dass 23 oder 24 EU-Staaten den Fond als Lebensmittelhilfefond nutzen. Darüber werden vor allem Lebensmittel verteilt. Nur vier oder fünf Staaten schaffen dadurch Beratungs- und Hilfestrukturen.

Mit welchen Partnerorganisationen arbeiten Sie viel zusammen?

Wir arbeiten natürlich mit der Wohnungslosenhilfe zusammen, mit der

Stadt Münster, mit dem Gesundheitsamt, mit den Migrationsberatungsstellen, aber auch mit der Tafel in Coesfeld, um Menschen, die nichts zu essen haben, auch etwas zu essen anzubieten.

Inwiefern spiegelt sich der kirchliche Hintergrund der Bischof-Hermann-Stiftung in Ihrer Arbeit wieder?

Der spiegelt sich darin wieder, dass wir den Menschen ein Gesicht geben und uns dafür einsetzen, dass sie ihre Bürgerrechte und Menschenrechte auch wahrnehmen können. Wir gehen davon aus, dass Menschen nicht nur Spielbälle von wirtschaftlichen Interessen sind, sondern dass jeder Mensch seine Würde hat.

Wir gehen davon aus, dass Menschen nicht nur Spielbälle von wirtschaftlichen Interessen sind, sondern dass jeder Mensch seine Würde hat.

Was kann ich als Bürger oder Bürgerin tun, um von Armut bedrohten Menschen, besonders Kindern oder Wohnungslosen konkret zu helfen?

Was ich tun kann, ist, sie in erster Linie wahrzunehmen. Wenn Sie zum Beispiel in einem Hotel übernachten, einfach mal wahrzunehmen, dass die

Hotelzimmer überwiegend von EU-Bürgern gereinigt werden. Jeder Mensch hat ja eine andere Funktion, eine andere Arbeitsstelle, eine andere Nachbarschaft, eine andere Kirchenmitgliedschaft: der jeweiligen Funktion entsprechend, kann man einiges beitragen. Sie können sich konkret z.B. auch bei uns in der Europa.Brücke engagieren. Sie können aber auch Geld spenden.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihrer Organisation?

Ich wünsche mir, dass sie über das Jahr 2018 hinaus bestehen bleiben kann als eigenständige Beratungsstelle für neu zugewanderte Unionsbürger. Ich gehe davon aus, dass die Migration innerhalb der EU nicht nachlässt, sondern dass diese et-

was Bleibendes sein wird. Und ich wünsche mir noch weitere Netzwerkpartner, so dass wir unsere Europa.Brücke noch ein wenig mit anderen Partnerorganisationen abfedern können.

Herr Mülbrecht, ich danke Ihnen für dieses Gespräch. ■

Kindergeld für EU-Bürger

Ein Kindergeldanspruch für UnionsbürgerInnen darf nicht allein deshalb abgelehnt werden, weil nach Ansicht der Familienkasse die Voraussetzungen zur Freizügigkeit (als Arbeitnehmer, Arbeit-suchender etc.) nicht erfüllt werden. Erst nachdem die Ausländerbehörde eine formale Feststellung über den Verlust oder das Nichtbestehen des Freizügigkeitsrechts getroffen hat, kann ein Kindergeldanspruch nach § 62 Abs. 2 EStG entfallen, weil die Person dann nicht mehr freizügigkeitsberechtigt ist. Diese Entscheidung ist deshalb wichtig, weil das Bundeszentralamt für Steuern die Familienkassen auffordert, bei UnionsbürgerInnen stets zu prüfen, ob die materiellen Voraussetzungen der Freizügigkeit vorliegen und Kindergeld abzulehnen, wenn diese nicht erfüllt werden – auch wenn keine „Verlustfeststellung“ getroffen worden ist. Diese Auffassung ist nach Beschluss des höchsten deutschen Finanzgerichts nicht haltbar.

Bundesfinanzhof vom 27.4.2015, Az. III B 127/14 (<http://juris.bundesfinanzhof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bfh&Art=en&Datum=Aktuell&nr=31905&pos=1&anz=63>)

Das heißt: EU-Bürger haben einen Kindergeldanspruch, bis die Ausländerbehörde das Freizügigkeitsrecht entzieht. Die unhaltbare Dienstanweisung des Bundeszentralamts für Steuern gibt es hier:

http://www.bzst.de/DE/Steuern_National/Kindergeld_Fachaufsicht/Familienkassen/Dienstanweisung/DA-KG.pdf?__blob=publicationFile (S. 27)

(nach Claudius Voigt, infoliste Münsterland vom 24. 11.2016) ■



Foto: Agneta Becker

Unsere Einrichtungen

- Das Begegnungszentrum am Sprickmannplatz 7 als Treffpunkt der vielfältigen Gruppen und Initiativen
- Der Jugendcafé am Sprickmannplatz 7 als offener Treffpunkt für die jungen Menschen des Wohnviertels
- Das Büro Kilißstraße 15, 3.-OG, als Ort für Beratung, Organisation, Koordination und Kleingruppen.

Das Begegnungszentrum Kinderhaus ist kooperatives Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.



Begegnungszentrum
Kinderhaus e.V.
Sprickmannplatz 7
48159 Münster
Fax: 0251 - 21 49 58
E-mail: maedchenarbeit@bgo-kinderhaus.de

Beratungsbüro BGG
Kilißstraße 15, 3.-OG
48159 Münster
Fax: 0251 - 899 96 96 / 97
Fax: 0251 - 899 84 96

Vorstandsvorsitzender:
Ludwig Esser
Leitungsmitarbeiter:
Lilient
Thomas Kollmann
thomas.kollmann@bgo-kinderhaus.de

Kontokonto des Vereins bei der Volksbank Münster:
IBAN: DE09 4010 0050 0000 0100 00
BIC: GENODI3333

Unser Auftritt im Internet:
www.bgo-kinderhaus.de
facebook.com/BGGKKinderhaus
twitter.com/BGGKKinderhaus

Impressum:
Hrsg.: Begegnungszentrum Kinderhaus e.V.
Kasse & Luftbild: Stadt Münster
Gestaltung: Andreas van Lessen
Druck: Print24
Kinderhaus, November 2016



Aktuelle Angebote und Hilfen für Menschen in Münster-Kinderhaus

- Sozialberatung und Unterstützung
- Integrationsarbeit mit Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen
- Fachliche Begleitung von Arbeitsgeheimen
- Öffentlich geförderter Beschäftigung
- Ausgabe der Münster-Tafel
- über 10 interkulturelle Gruppenangebote
- Projekt Linsens mit der Grundschule 'Was gemeinschaftliche Bewohnungsprojekte...'
- unentgeltliche Suchtberatung für besessene Wohnverhältnisse
- Ausgabe von Mietberaterscheinen
- Selbsthilfeeinheiten, Offene Treffs, Stadtmüllern
- Angebote für Seniorinnen und Senioren
- Bildungsmaßnahmen, Kurse
- religiöse Veranstaltungen, Gottesdienste
- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe
- Angebote für Familien, Ferienprogramme
- Stadtführungsangebote

Kooperationen mit

- Stadt Münster
- Jobcenter Stadt Münster
- Beratungsstelle aufstiegt
- Internationaler Kulturverein ATRIUM e.V.
- KAJ (Kinderhaus Arbeitslosen-Initiative)
- Familienzentrum Kilißstraße
- Möbelhaus Obeka
- Kleiderkammer Antriebsgruppen

**Wir freuen uns auf Euer Kommen
Bei Fragen spricht uns an!**

30 Jahre

Unser Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur in Münster blickt nun schon auf dreißig Jahre zurück. Und im kommenden Jahr wird es der Herausgeber der Zeitung der Verein „Arbeitslose brauchen Medien“ ebenfalls tun. Und es waren Jahre, die es in sich hatten. Doch damit nicht gleich alles in Vergessenheit gerät von dem, was uns in dieser Zeit bewegte und was wir bewegten, hier zunächst ein kleiner ganz persönlicher Rückblick auf unser Dauerthema: Arbeitslosigkeit und der Umgang mit derselben.

Von Norbert Attermeyer

engagieren, mitmachen oder selber machen

Die SPERRE feiert in diesem Jahr ihren dritten runden Geburtstag.

Jammern alleine – das weiß jedes Kind – hilft nicht. Denn: Es muss doch auch was Gutes geben. Engagieren, mitmachen oder selber machen hieß die Zauberformel. Schon ganz am Anfang.

Im Jahr 1986 machten wir uns beispielsweise in Münster für einen Sozialpass stark. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen: schwarz angemalt in den Bus steigen und ohne Ticket fahren, die Kantine im Stadthaus I in Beschlag nehmen, Rudelsingen vor dem Rathaus und andere mehr. Alles gar nicht so unähnlich den heutigen Flash-Mobs, oder?

„Schwarz fahren“ für den Sozialpass

Und – da die Stadt sich zur damaligen Zeit zierte – einfach selber aktiv werden durch die Herausgabe eines ei-

genen vorläufigen Münster-Passes. Erkennbar an der roten Farbe. Und bis heute in Gebrauch. Mit Unterstützung der Kinos in Münster, diverser Vereine und Bildungsträger, des Stadttheaters etc. gelang es den Initiatoren schon mal vorab zu zeigen, dass die Stadtgesellschaft viel solidarischer ist, als die politisch Verantwortlichen sich das vorstellen konnten. Zwar gibt es heute den regulären Münster-Pass. Und mittlerweile von fast allen Parteien gewollt. Aber der von uns mitinitiierte rote Pass gilt weiterhin, auch für Geringverdiener, die aufgrund ihrer Tätigkeit nur knapp aus dem Bezug von Hartz-IV-Leistungen herausfallen.

Diverse Kochbücher wurden vom Verein herausgebracht und vor vier Jahren die erste „Fast Umsonst“. Unter dem Motto „Überleben mit Hartz IV in Münster“ sind in dieser Broschüre alle Adressen aufgelistet, die ein preisbewusstes Leben in Münster möglich machen. Die dritte Ausgabe erscheint in Kürze, für die jetzt schon reichlich Vorbestellungen vorliegen.

Neben der sozialen Teilhabe war es der Sperre stets wichtig, den Betroffenen die Möglichkeiten zu einem persönlichen Austausch zu geben. Daher wurde der Arbeitslosentreff gegründet. Er erhielt regen Zuspruch. Bei den Treffen wurden beispielsweise die ersten großen Demonstrationen vor dem Arbeitsamt organisiert. Mit ausschlag-



1988 - die Sperre beim Bundesparteitag der SPD in Münster

gebend war damals eine Äußerung des damaligen Nestlé-Chefs, welcher Arbeitslose als „Müll der Gesellschaft“ bezeichnete. Die Reaktion blieb nicht aus: Zahlreiche Arbeitslose kamen mit Mülltonnen bewaffnet und trommelten wacker drauf los. Und vor dem Arbeitsamt dröhnte es mächtig: „Wir sind der Müll!“. Die späteren Montagsdemos gegen Hartz IV wurden ebenfalls bei uns von der Arbeitslosengruppe „Wehrt Euch!“ in unserem Arbeitslosentreff MALTA organisiert.

Arbeitslose wurden zu Existenzgründern

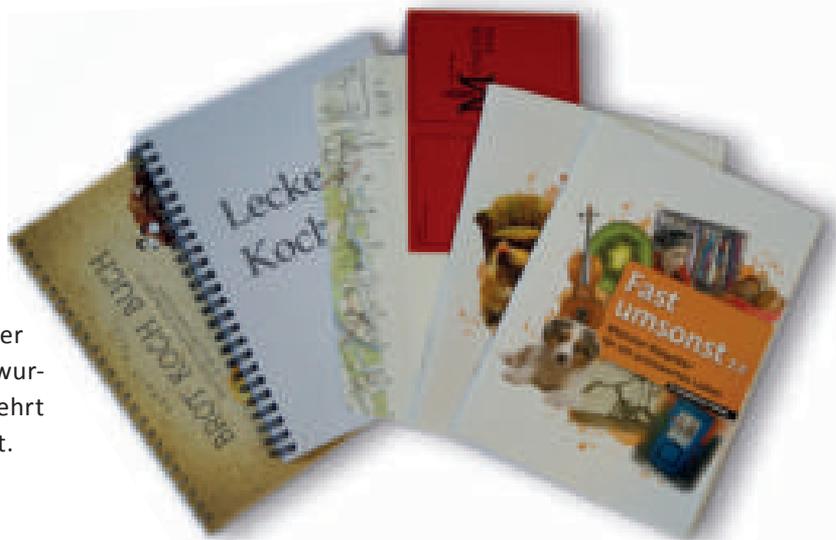
Aber Protest allein reichte nicht, das war uns schnell klar. Schließlich ging es auch darum, Arbeitsplätze zu schaffen: 1994 gründete sich im Arbeitslosentreff die „Blaue Gemeinschaft“, welche genau dieses Ziel verfolgte. Die Idee dahinter: mit Hilfe eines Patents konkurrenzfähig werden gegenüber anderen Firmen. Und so Arbeitsplätze für Arbeitslose schaffen.

Die konkrete Idee war simpel, ökologisch sinnvoll und erfolgreich. Nämlich: Briefumschläge herstellen, direkt aus Altpapier. Wenn Sie heute Briefumschläge erhalten, welche auf der Innenseite den Ausschnitt einer Landkarte zeigen, dann wissen Sie jetzt, womit das Unternehmen startete. Später – 1998 – entstand aus dem Arbeitslosentreff heraus eine andere Gruppe von Existenzgründern, welche es sich ebenfalls zur Aufgabe machte, aus der Arbeitslosigkeit heraus Arbeitsplätze zu schaffen. Daraus entwickelte sich das *Phönix-Gründungsnetzwerk*, welches in seiner Blütezeit zu einem veritablen Gründerzentrum anwuchs. Im Jahr 2000 waren gegenüber dem „Pier-House“ am heutigen Kreativ-Kai an Münsters Hafen bis zu 20 Gründer unter dem Dach des *Phönix-Gründungsnetzwerks* aktiv.

Aber auch die ganz alltägliche Hilfe stand und steht hier bei der SPERRE und insbesondere im MALTA hoch im Kurs: Unterstützung bei Bewerbungen sowie Hilfen beim Ausfüllen von Formularen, bei der Wohnungssuche oder bei Behördengängen (Ämterbegleitung). Nicht zu vergessen die Möglichkeit zum persönlichen Austausch (Arbeitslosenerfrühstück, MALTA-Chor etc.). Denn am Ende ist es zusammen doch immer besser als allein.

Wie die Betroffenen zu den Hauptschuldigen wurden

Natürlich darf nicht fehlen, das zu erwähnen, was die Zeitung in den 30 Jahren bewegt hat. Auch dafür ist ein kleiner Rückblick ganz sinnvoll, um die heutige SPERRE besser zu verstehen. Und zwar ganz aus dem Blickwinkel unseres Leib-und-Magen-Themas: die Arbeitslosigkeit. Ein Thema, das Anfang der 80er-Jahre noch Regierungen bewegte. Unvergessen die Replik des damaligen CDU-Op-



Münsterpass, Kochbücher, „Fast Umsonst“ -
Veröffentlichungen des AbM e.V.

positionsführers Helmut Kohl auf den amtierenden SPD-Kanzler Helmut Schmidt: „Treten Sie zurück Herr Schmidt. Sie sind der Kanzler der Arbeitslosen!“ Wohlgermerkt: Zu diesem Zeitpunkt gab es in der alten Bundesrepublik Deutschland 1,7 Millionen Arbeitslose. Helmut Schmidt trat zwar nicht zurück, aber dafür schwenkte die mitregierende FDP zur CDU um – und ermöglichte so 1982 den politischen Wechsel. Die sogenannte „geistig, moralische Wende“ wurde eingeläutet. Und die Band Geier Sturzflug landete ihren Hit „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt.“

Und Helmut Kohl? Der durfte sich nun selbst versuchen als Bekämpfer der Arbeitslosigkeit. Als die Arbeitslosenzahlen dann aber trotz der neuen tollen Politik nicht zurückgingen, waren die Schuldigen schnell ausgemacht: die Arbeitslosen selber. Wer sonst? Jetzt war auf einmal vom „Freizeitpark Deutschland“ (Helmut Kohl) die Rede, in dem es sich die Arbeitslosen so richtig gut gehen ließen. Die Presse – allen voran die Bild-Zeitung – machte munter mit.

Tricksereien mit statistischen Zahlen

Folgerichtig mussten die Gesetze einfach verschärft werden. Zumutbarkeitsregeln wurden gedehnt. So gab es beispielsweise bis Anfang der 90er-Jahre die Regelung, dass einem qualifizierten Arbeitslosen eine unterqualifizierte Arbeit erst dann angeboten werden durfte, wenn vorher feststand, dass es in diesem Bereich nicht sowie so schon genug Arbeitslose gab. Dies sollte die berufliche Herabqualifizierung verhindern. Dieser Passus wurde nun ersatzlos gestrichen. Und die regierungsamtliche „Hausastrologin“ Elisabeth Nölle-Neumann vom Allensbach-Institut hatte eine weitere gute Idee, um die noch immer hohen Arbeitslosenzahlen dem Volk besser zu vermitteln. Nämlich ganz einfach dadurch, die große Zahl in viele kleine Zahlen aufzulösen: Etwa wenn von den Arbeitslosen doch einige alleinerziehend sind und ganz viele über 58 Jahre alt und andere vielleicht nur auf ihr

30 Jahre **spe're**

Studium warten oder auf die Bundeswehr. Dann gibt es doch gar nicht mehr so viele wirkliche Arbeitslose. Das klappte auch ganz prima.

Absenkung der Arbeitslosenhilfe bis auf das Niveau von Hartz IV

Jedenfalls bis 1998, als Gerhard Schröder sich als Kanzlerkandidat der SPD des Themas annahm. Und überall in der Republik den einfachen, aber sehr werbewirksamen Spruch „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ plakatierten ließ. Die Kampagne hatte Erfolg: Rot-Grün kam ans Ruder. Doch allein, das Problem mit der Arbeitslosigkeit sollte nicht besser werden. Ganz im Gegenteil. Am Ende stand die Einführung von Hartz IV. Wieder lief das gleiche Strickmuster ab, alles wie gehabt. Am Anfang waren die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung Themen, mit denen man in der Öffentlichkeit punkten konnte.

Dann, als die Rezepte zur Bekämpfung nicht wirkten, waren schnell wieder die gleichen Schuldigen von ehemals ausgemacht: die Arbeitslosen. „Die wollen ja gar nicht arbeiten. Sonst gäbe es ja nicht so viele von denen“, war eine gängige Meinung vieler Deutscher. Die Folge: Der Ton den Betroffenen gegenüber wurde rauer. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, so ein vielzitiertes Satz des damaligen Arbeitsministers Franz Müntefering von der SPD. Und wieder wurde an den Zahlen herumoperiert. Über 58-Jährige

mutbar war jetzt jede Arbeit, zu der man oder frau geistig und körperlich in der Lage war. Gleichzeitig wurde die mögliche Kürzung des Existenzminimums als permanentes Druckmittel ausgeweitet. Zusätzlich entstand „einer der größten Billiglohnmärkte in der EU“, wie Gerhard Schröder, inzwischen zum Altkanzler gereift, vor ein paar Jahren stolz auf einem der Wirtschaftsgipfel in Davos verkündete.

Ist also jetzt alles gut? Mit Hartz IV, Billigjobs und Billigrente meistert Deutschland die Zukunft? Natürlich nicht. Altersarmut und soziale Ausgrenzung sind nicht zukunftsfähig, sondern werden in der Zukunft weiter zunehmen. Der Wert einer Gesellschaft bemisst sich außerdem daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Seit Einführung von Hartz IV kamen bereits 14,6 Millionen Menschen in den zweifelhaften Genuss dieser Leistungen. Da fällt es schon schwer, überhaupt noch von einer Minderheit zu sprechen.

Die SPERRE: Der andere Blick auf das Thema Arbeitslosigkeit

Was in all den Jahren immer wieder auffällt, ist, mit welcher Chuzpe Arbeitslose als asoziale Drückeberger dargestellt und teilweise auch so behandelt werden. Und mittlerweile glauben viele Betroffene schon selber, dass sie persönlich Schuld haben an ihrem Dilemma.

Deshalb war es immer so wichtig, einen anderen Blick auf dieses Thema zu werfen. Den anderen Blick, den wir von der SPERRE seit Jahren – mehr oder weniger pointiert – in unserer Zeitung abzubilden versuchen. Von und für Arbeitslose eben. Denn Eines muss man sich immer wieder vor Augen führen: Arbeitslosigkeit hat zu allererst mit fehlenden Arbeitsplätzen zu tun und nicht mit

doofen Arbeitslosen, die mal wieder nicht wissen, was gut für sie ist und gar nicht arbeiten wollen.

Was in unserer Gesellschaft fehlt, sind Arbeitsplätze. Natürlich Arbeitsplätze, die man auch wirklich als solche bezeichnen kann. Mit einer anständigen Entlohnung und



Praktische Hilfe und die Möglichkeit zum persönlichen Austausch im MALTA

Arbeitslose tauchten unter bestimmten Bedingungen gar nicht mehr in der amtlichen Statistik der Arbeitsämter auf. Kranke übrigens auch nicht, Ein-Euro-Jobber ebenfalls nicht und genauso wenig Arbeitslose, die an einer Weiterbildung teilnahmen. Bis zu eine Million Menschen fielen so aus der Statistik heraus.

Die „Krönung“ aber war die Abschaffung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und die Einführung von Leistungen nach Hartz IV, die nur noch einen „Grundbedarf“ abdecken. Zu-



zu fairen Bedingungen. Dann gäbe es auch schlagartig weniger von Arbeitslosigkeit Betroffene. Und wenn es diese Arbeitsplätze in der Fülle gäbe, dann bräuchte das Jobcenter auch niemanden mehr vorzuladen, um die berufliche Entwicklung zu erörtern. Die Arbeitslosen selber würden den Vermittlern die Tür einrennen.

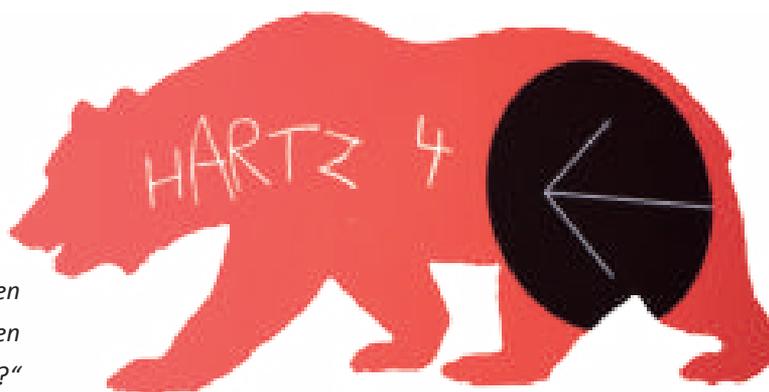
Zur Erinnerung: Anfang der 70er-Jahre gab es in Deutschland Vollbeschäftigung. Und das in einer Zeit, in der die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit gewährleistet war. Seinerzeit betrug das Arbeitslosengeld 70 Prozent vom letzten Nettogehalt, und dennoch gab es keine Arbeitslosen.

Damals wie heute ist es nun mal besser, eine vernünftige Arbeit zu haben als nur arbeitslos zu sein. Für einen selbst, um den Lebensunterhalt erarbeiten zu können und um der Anerkennung in der Familie, unter Freunden und KollegInnen willen. Und um überhaupt einen Beitrag zu leisten für diese Gesellschaft, und abends sagen zu können: „Jetzt hab' ich mal Feierabend!“

„Wie groß ist denn da der Bär, der uns in all den Jahren immer wieder von Politikern und einschlägigen Interessevertretern aufgebunden wird?“

Nur heute, in einer Zeit, in der Arbeitslose nach wie vor mit Hartz IV abgespeist und gesellschaftlich ausgegrenzt werden, da sollen die Arbeitslosen nur noch scharf sein auf staatliche Unterstützung? Wie groß ist denn da der Bär, der uns in all den Jahren immer wieder von Politikern und einschlägigen Interessevertretern aufgebunden worden ist und immer noch wird? Wie groß ist denn da die Macht der Medien, dass wir das auch noch glauben?

Wir von der SPERRE jedenfalls halten weiter dagegen mit unserem kleinen Magazin für Münster. Und werden es auch weiter tun. Versprochen. Und: Wer bei uns mitmachen will, ist jederzeit herzlich willkommen. ■



30 Jahre **unbequem**
30 Jahre **engagiert**
30 Jahre **spe^rre**

Wir **gratulieren!**





30

Jahre

SPERRE







STOLZ STEHT „DIE 31“

Wie es BewohnerInnen gelang, ein markantes Haus und preisgünstige Wohnungen zu erhalten

Vor 50 Jahren plante die damals regierende CDU die komplette Umgestaltung des Dreiecks Grevener Straße, Steinfurter Straße und Yorkring. Vor zehn Jahren fing dort der Abriss einiger Häuser an, aber wurde um den Erhalt des Eckhauses Grevener Straße 31 wurde lange und schließlich erfolgreich gekämpft.

Ein Rückblick von Elske Schiemann

Stolz stand „Die 31“, ein zirka hundertjähriges Gebäude, da wo in Münster Grevener Straße und Steinfurter Straße aufeinander stoßen. Schon vor rund 45 Jahren schien sie ersten Absichten von Politik und Verwaltung zu trotzen, sie einfach platt zu walzen. Und so fanden sich rasch die GegnerInnen solcher Abrisspläne zusammen, um das prägnante Haus schon 1972 für einige Tage zu besetzen und seine Zerstörung zu verhindern. Danach rückte „Die 31“ noch einige Male ins Visier der Planer und der Abrissbirne. Die BewohnerInnen verteidigten sie aber entschieden und halfen mit Rat und Tat, ihre Substanz so weit zu erhalten, dass der Bau nicht aufgegeben werden musste.

Auf der Außenfläche des prominenten Wohnhauses fanden regelmäßig Sommerfeste statt. Bei Live-Musik, Essen und Getränken gab es ein gemütliches Beisammensein. „Hier lebt der Geist, der aus Städten und Dörfern lebenswerte Räume macht, und wo jene Geschichten erlebt werden, die man gerne weitererzählt.“ (*Spere 10/11-2006*)

Und was ist nun aus unserer Bauschönheit geworden? Vor genau zehn Jahren widmeten wir ihr von der SPERRE-Redaktion eine Titelstory und berichteten über einen von Abriss bedrohten Lebensraum für 18 BewohnerInnen, ein Wohnkollektiv, eine Lebensgemeinschaft. Während einige benachbarte Häuser an der Grevener Straße – und damit preiswerter Wohnraum – neueren Wohn-

häusern weichen mussten, blieb der „31“ dieses Schicksal erspart. Im Frühjahr 2012 gründete sich der Mieterverein „Grevener Straße 31“, der mit der Wohn- und Stadtbau einen Sanierungsvertrag vereinbarte. Die städtische Gesellschaft stellte während der Renovierungsphase sogar Übergangswohnungen für die Hausgemeinschaft in der Grawertstraße zur Verfügung. 2013 kehrte durch 19 BewohnerInnen das Leben in das Haus zurück. Die „31“ wurde ihnen „roh“-saniiert übergeben, so dass sich die Bewohner wie zuvor gestalterisch frei und nach ihren Wünschen entfalten konnten. Auch viele Malereien aus den zurückliegenden Jahrzehnten blieben im Haus erhalten. Zwischen dem Verein und der Wohn- und Stadtbau besteht ein Mietvertrag mit einer 20-jährigen Laufzeit, der ein preiswertes Wohnen im sozialen Wohnungsbau garantiert. Die Furcht vor einem möglichen Abriss ist verfliegen. Die Hausversammlungen alle zwei Wochen haben inzwischen andere Themenschwerpunkte, wie zum Beispiel: „Wer macht wann welche Tätigkeiten im Haus?“, „Wie können wir politisch nach außen treten?“ oder „Wie gehen wir mit Konflikten um?“. Alle



*„Das Eckhaus“ - vor 10 Jahren
Titelstory in der SPERRE*

Entscheidungen treffen die BewohnerInnen im Konsens. Sie engagieren sich auch weiterhin für soziales und bezahlbares Wohnen in Münster.

Das klingt alles super, doch leider gibt es auch bei dieser Geschichte einen Wermutstropfen. So liebevoll das Innere des Hauses renoviert und gestaltet wurde, so brachial wurde das Außenbild verschandelt. Moderne graue Balkone und eine riesige kalte graue Eingangstür verunzierten die einst das Stadtviertel prägende „31“. Und es kommt noch schlimmer: Seelenlose hässliche Neubauten quetschen sich nun an das alte Gemäuer, lassen kaum Luft, und die alte ehrwürdige Rose degeneriert zum Mauerblümchen. Anscheinend haben viele Architekten immer noch nicht verstanden, dass es Häuser gibt, die leben, die auch um sich he-

rum etwas Raum brauchen, um sie und ihre Bewohner leben lassen zu können.

Der „31“-Hausgemeinschaft gelingt es trotzdem: Die Partys verlegten die BewohnerInnen ins Haus, im Sommer vor zwei Jahren wurde sogar im kleinen Park an der Melchersstraße gefeiert. Ein Geschenkeregal steht jetzt im Eingangsbereich, und politisches wie soziales Engagement kommt nicht zu kurz. Einer der Bewohner erzählt: „Es ist schön, wenn wir draußen von Neugierigen angesprochen werden. Das Haus steht weiterhin offen für Interessierte. Neulich klingelte jemand. Vor der Tür stand ein ehemaliger Bewohner, der sich noch mal das Haus ansehen wollte. Er war vor 44 Jahren einer der Hausbesetzer“.

■

BALKO KLATTMOR WILL ARBEITEN

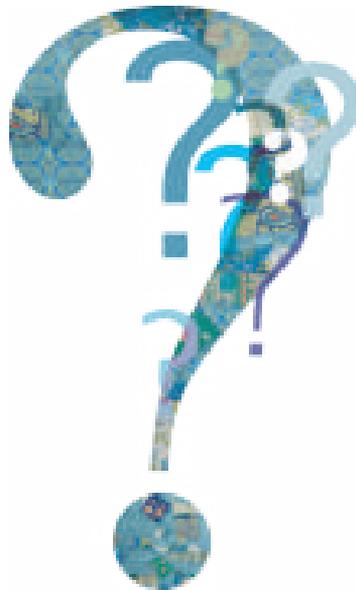
Balko Klattmor ist eine Kunstfigur aus alten SPERRE-Ausgaben, die solche Sachen erlebt, wie sie im Folgenden beschrieben sind. Balko taucht in der langen SPERRE-Geschichte als sporadischer Begleiter immer wieder auf.

Von Arnold Voskamp

Balko Klattmor kommt aus einem Land im Süden. Da waren Leute seiner Art nicht so gewollt, und darum ist er gegangen. Er versteht noch nicht alles hier, aber er lernt. Und er arbeitet auch schon etwas. Hier ist es nicht so heiß und die Sonne scheint nicht so viel, denkt er, da kann man besser arbeiten als da, wo ich herkomme.

Balkos Familie erhält zusätzlich zum Lohn Hartz IV. Balko hat seine Arbeit auch schön angemeldet, hat die Kontoauszüge mit dem Lohn im Jobcenter vorgelegt. Aber das Jobcenter fordert eine Lohnabrechnung vom Arbeitgeber. Die hat er noch nicht gekriegt. Dabei hat er schon dreimal nachgefragt, jedes Mal wurde er getröstet. Das Jobcenter schreibt ihm, dass er nicht richtig mitmacht, darum kriegt er ein Bußgeld von 750 Euro auferlegt.

Balko versteht das nicht. Er geht ins Jobcenter und gerät an einen verbitterten Mann. Der sagt, Balko wäre auf alles



hingewiesen worden. Wenn er alles richtig macht, gibt's auch keinen Ärger vom Jobcenter. Ein Bekannter schickt Balko zu einer Sozialberatung. Dem Berater sagt der verbitterte Mann vom Jobcenter: ja, das ist so, das Bußgeld ist richtig.

Balko ist einiges gewohnt von da, wo er herkommt. Manches versteht er auch nicht. Er denkt sich nicht so viel bei Willkür von Behörden. Rechtsstaat? Sozialstaat? Das sind nur Worte, sagt er sich, letztlich ist alles eine Frage der Macht.

Balko ist überrascht, dass es Leute gibt, die seine Sache dennoch in die Hand nehmen. Die fragen: Hätte das Jobcenter nicht selbst bei dem Arbeitgeber nachfragen können, wenn der Arbeitnehmer keine Antwort erhält? Steht das nicht so im Gesetz? Leute, die fragen, ob 750 Euro Strafe für eine zweifelhafte Sünde nicht ein bisschen hart sind bei einer Familie am Existenzminimum. Leute, die keine Ruhe geben und den Fall nicht einfach zu den Akten legen.

Das sind westliche Werte, die es zu verteidigen gilt.



Egal, ob die BesucherInnen aus Not oder aus Überzeugung kommen:
Das Repair-Café schont Ressourcen und stiftet Gemeinschaft

REPARIEREN STATT KONSUMIEREN

Eines Tages ist es so weit: Der gute alte Staubsauger gibt den Geist auf. Die Naht am Lieblingpulli ist endgültig hinüber. Das Display des Handys zeigt nur noch Leere – und das gerade nach Ablauf der Garantie. Für viele bedeutet das Wegschmeißen und Neukaufen. Menschen mit wenig Geld können sich das oft nicht leisten. Andere wiederum sehen nicht ein, noch mehr Ressourcen zu verschwenden. Ihre konstruktive Lösung: reparieren statt konsumieren.

Von Lisa Liesner - Fotos: Agneta Becker

„Reparieren verbindet Menschen und Dinge“ – unter anderem das sagt ein Reparaturmanifest, welches gut lesbar am Schrank hängt. Und das sehe ich auch, wenn ich mich im Repair-Café des Jugendinformations- und -bildungszentrums (JIB) umsehe.

Nele hat das Küchenradio aus ihrer WG mitgebracht. „Eigentlich gehört es meinem Mitbewohner“, erzählt sie mir. „Seit es

mir heruntergefallen ist, geht es leider gar nicht mehr.“ Nachdem sie es mit Günter und Johannes aufgeschraubt hat, ist der Fehler schnell gefunden und behoben. Ein paar Tische weiter findet ein Kassettenrekorder Kinderlieder-dudelnd zurück ins Leben. Die Besitzerin freut sich: „Endlich kann mein Sohn meine alten Benjamin-Blümchen-Kassetten hören, die schon seit Langem bei meiner Mutter herumliegen.“

Schrauben, löten, nähen

Langwieriger gestaltet sich die Instandsetzung eines Verstärkers. Hans-Gerd begutachtet das Innenleben des Gerätes, andere Helfer kommen dazu. Sie überprüfen Verbindungen, schließen verschiedene Fehlerquellen aus. Ratlosigkeit. „Raimund, hast Du gleich mal Zeit, hier einen Blick drauf zu werfen?“, ruft Hans-Gerd schließlich durch den Raum. Zwischendurch betritt noch ein Ehepaar mit einem antiken Waffeleisen im Gepäck den Raum.

Am Nebentisch möchte eine Studentin ein paar ihrer Klammotten umnähen. Margarete kann ihr Tipps geben und zeigen, wie sie die Nähmaschine nutzen kann. Die hat vor Ort



Viele sehen darin einen Protest gegen die Überfluss- und Wegwerfgesellschaft unserer Zeit

ihren festen Platz. „Manche Menschen kommen nur hierher, um einfach die Nähmaschine zu nutzen. Andere haben eine auf Omas Dachboden gefunden und wollen wissen, wie sie funktioniert“, erläutert Margarete.

Schrauben, löten, nähen – all das geht im Repair-Café, denn Werkzeuge und Materialien sind dort für alle möglichen Reparaturen vorhanden. Keine Ahnung, wie's geht? Auch das ist kein Problem: Ein Team aus freiwilligen kundigen HelferInnen ist auch da. „Wir ergänzen uns hier super“, meint Hans-Gerd. „Ich bin Metall-Experte und eher so fürs Grobe zuständig. Andere haben mehr Ahnung von Software, Feinelektronik und so.“ Bastler, Tüftler und Nerds sind stets gefragt. Sie teilen ihre Kenntnisse gerne und geben wertvolles Wissen weiter. „Von den anderen habe ich schon viel dazu gelernt“, erzählt Günter, der von Anfang an dabei ist. So wird das Repair-Café zu einem Raum für Gemeinschaft. Wer es hier schafft, seinen Mixer wieder in Stand zu setzen, geht außerdem mit dem Gefühl nach Hause, wieder ein Stück weit Macht über die Technik gewonnen zu haben.

Der eingebaute Verschleiß

Doch geht es nicht nur ums Reparieren. Kaffee gibt es auch. Und Kuchen. Und natürlich Zeit zum Plaudern. Dabei geht es unter anderem – wie sollte es anders sein? – auch um den schnellen Verschleiß der Geräte, um Kinderarbeit in der Produktion und die Frage, ob jemand tatsächlich explizit für die „geplante Obsoleszenz“ (den eingebauten, planmäßigen Verschleiß) der Dinge verantwortlich ist.

Hier zeigt sich, dass das Reparieren einen anderen Charakter hat als noch Generationen zuvor. Viele sehen darin einen Protest gegen die Überfluss- und Wegwerfgesellschaft unserer Zeit mit all ihren globalen ökologischen und sozialen Konsequenzen. Finanzschwache Menschen können an diesem Konsumwahn ohnehin kaum teilhaben. Während die einen in ihrem Reparieren also eine Art *gelebte Nachhaltigkeit* sehen, ist es für andere schlichte

Notwendigkeit, da aus dem Hartz-IV-Regelsatz sowieso nichts Neues angeschafft werden kann. (Wodurch arme Menschen nebenbei bemerkt sowieso schon große Klimaschützer sind.)

Seit 2009 haben weltweit zahlreiche Menschen Repair-Cafés eröffnet, um so die „Hidden Experts“ mit denen zusammen zu bringen, die nicht einsehen wollen, ein defektes Gerät gleich zu verschrotten. Sie möchten keine bequemen KonsumentInnen sein. Anstelle der Wegwerfwirtschaft wollen sie lieber ihre Geräte am Laufen halten. In Anbetracht endlicher Ressourcen werden Kenntnisse und Fertigkeiten des Reparierens in Zukunft wieder wichtiger. Willkommen in der Postwachstums-Gesellschaft!

Viele schätzen die Gemeinschaft

Nicht alle sehen sich aber gleich als Teil einer Revolution. „Ich habe schon immer gern mit meinen Händen gearbeitet“, erläutert Margarete an der Nähmaschine. „Als ich dann nicht mehr im Beruf war, wollte ich einfach das machen, was mir Spaß macht. Ich finde es toll, dass wir hier gemeinsam etwas schaffen mit Menschen, die auch nicht gern etwas weg-schmeißen.“ Dominic, der zurzeit von Helen die Leitung übernommen hat, schätzt auch sehr die Gemeinschaft des Repair-Cafés. „Da wird viel Hand in Hand gearbeitet.“

Genau das zeigen auch Glücksforscher um Daniel Gilbert von der Harvard University in ihrer Studie: *Menschen helfen*

Online

<https://repaircafe-muenster.de>

- Konzept der Münsteraner Repair-Cafés
- aktuelle Termine sowie bebilderte Nachlese

<https://repaircafe-org.de>

- Übersicht über mehr als 1100 Repair-Cafés weltweit
- Professionelle Unterstützung bei der Eröffnung
- Weltweite Nachrichten zu Repair-Cafés

<https://de.ifixit.com>

- Weltweite Plattform: Anleitungen zur Reparatur zahlreicher Geräte von *allen für alle*
- fotobasierte Schritt-für-Schritt-Anleitungen
- Bestellung von Ersatzteilen

Termine

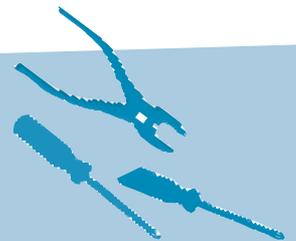
Repair-Café im

Jib

Jugendinformations- und -bildungszentrum im Atelier im 2. Obergeschoss
Hafenstraße 34, 48145 Münster
+ **Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat von 15 bis 19.30 Uhr**
Ansprechpartner: Dominic Sehak
(Tel. 0251 / 93 29 54 76)

SKA-Treff

Skagerrakstraße 2, 48145 Münster
+ **Jeden dritten Samstag im Monat von 14 bis 18 Uhr**
Ansprechpartnerin: Sema Franke
(Tel. 0251 / 98 62 25 66)





und *Kleinigkeiten wertschätzen* haben sie unter anderem als Regeln zum Glücklicherwerden identifiziert. Den Kauf eines überflüssigen Konsumartikels nicht. Also: repair and care! ■

Literatur

+ **Wolfgang M. Heckl:** Die Kultur der Reparatur. *Hanser-Verlag, München 2013.*

Der Generaldirektor des Deutschen Museums in München und selbst leidenschaftlicher Reparatuer hält ein Plädoyer für die Kultur der Reparatur. Im Anhang findet man außerdem eine bundesweite Liste von Repair-Cafés und außerdem hilfreiche Links, wenn es um Sharing und Tauschen geht. Das Buch gibt es auch in der Stadtbücherei Münster.

+ **Stefan Schridde:** Murks? Nein danke! Was wir tun können, damit Dinge besser werden. *Oekom-Verlag, München 2014.*

Der Betriebswirt Schridde kritisiert die „Geplante Obsoleszenz“ und belegt diese an zahlreichen Konsumgütern wie Smartphones, Waschmaschinen, Kleidung etc. Er liefert eine fundierte Analyse der ökonomischen wie gesellschaftlichen Hintergründe und zeigt in der Kreislaufwirtschaft einen möglichen Ausweg. Der Autor initiierte außerdem die gleichnamige Verbraucherorganisation (<http://www.murks-nein-danke.de>). Das Buch gibt es auch in der Stadtbücherei Münster.

+ **Andrea Baier / Tom Hansing / Christa Müller / Karin Werner (Hg.):** *Die Welt reparieren: Open Source und Selberrmachen als postkapitalistische Praxis.* *Transcript-Verlag, Bielefeld. 2016*



30 Jahre Sperre!

Wir gratulieren herzlich.

In Münster leisten mehr als **240 gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen** sowie **ca. 300 Selbsthilfegruppen** unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hilfe in allen Feldern sozialer Arbeit. Der Paritätische ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig. Er ergreift jedoch Partei für sozial benachteiligte Menschen und setzt sich für diejenigen ein, die eine Lobby brauchen, um menschenwürdig und selbstbestimmt leben zu können.

Wir sind Ihr Ansprechpartner, wenn Sie Rat und Hilfe brauchen, eine Selbsthilfegruppe suchen oder sich sozial engagieren möchten.

Der Paritätische Nordrhein-Westfalen
Dahlweg 112 | 48153 Münster
Telefon: 0251 61 85 0
Telefax: 0251 61 85 112
muenster@paritaet-nrw.org



Wir verändern.

www.muenster.paritaet-nrw.org

**AUFRUF KONTRA GEWALT
GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN**

„ONE BILLION RISING –

Eine Milliarde erhebt sich und singt: Zerbrich die Ketten!“

Am 14. Februar 2017 wird es auch in Münster wieder heißen: „Frauen der Welt, erhebt Euch und steht auf für Eure Rechte! Tanzt bis die Erde erbebt und seid solidarisch mit denen, die es (noch) nicht alleine schaffen! Menschen der Welt, seid liebevoll, seht hin und helft, wenn Ihr Unrecht seht!“

Gastbeitrag von Anne Neugebauer, Autonome Frauengruppe MS



„One Billion Rising“ auf Münsters Stubengasse, 2016 - © A.Neugebauer

Mit dem Aufruf 2013 „Eine Milliarde erhebt sich – One Billion Rising“ ist eine weltweite Bewegung entstanden, um jegliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen öffentlich zu machen, sie anzuprangern und zu beenden. Frauen wird Mut gemacht aufzustehen und zu handeln. Sie wollen lernen, sich selbst und auch anderen dadurch zu helfen. Die eine „Milliarde“ verweist auf eine UN-Statistik, wonach eine von drei Frauen in ihrem Leben entweder vergewaltigt oder Opfer einer schweren Körperverletzung wird.

Vor zirka 50 Jahren protestierten Frauen zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland auf der Straße gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen. Sie riefen:



„Frauen erhebt Euch und die Welt erlebt Euch!“ oder auch „Frauen, hört ihr Frauen schreien, lasst die Frauen nicht allein!“

2013 wurde zum ersten Mal zum globalen Aufstand gegen Gewalt an Frauen und Mädchen aufgerufen. Und in über 200 Ländern wurde daraufhin die „Aktion One Billion Rising“ geplant und am 14. Februar getanzt. Seitdem haben sich Koalitionen gebildet, Organisationen vernetzten sich und weltweit finden immer mehr Frauen den Mut, sich zu wehren und füreinander einzustehen.

Auch in Münster rufen die Organisatorinnen zum fünften Mal zur Beteiligung an der weltweiten Aktion am 14. Februar 2017 auf, um sich öffentlich trommelnd, singend und tanzend gegen die alltägliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen zur Wehr zu setzen.

Eine Milliarde erhebt sich – One Billion Rising – und singt: „Break the Chain – Zerbrich die Ketten“. Seien auch Sie dabei! Am Dienstag, den 14. Februar 2017 um 17.00 Uhr an der Stubengasse. ■

VERLAG WESTFALISCHES DAMPFBOOT



Juliana Kuntz
„Eventuell nichtgewollter Antisemitismus“
Zur Kommunikation antisemitischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern
2016 - 264 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-100-1

13 Prozent der deutschen Bevölkerung haben antisemitische „Vorbehalte“, der Anteil der Personalkreise mit latent antisemitischen Einstellungen, die nur gelegentlich hervorgerufen, liegt bei bis zu 20 Prozent. Als „unbeherrschbar“ in Sachen Antisemitismus gehen 3 bis 5 Prozent. Aber wie esacht (intersubjektiv kommunizierten) Antisemitismus zu dem, was er ist, und mit welchen Verfahren und Kategorien in ihm analytisch und definitorisch beizukommen!



#Fiktionsprache 141
Flucht - Provokationen und Regulationen
2016 - 170 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-911-0

Die so genannte Flüchtlingskrise deckt einerseits schon länger existierende politische und soziale Krisen auf wie etwa die Krise dreihalbherigen Projektes Europa und die Krisen sozialer Reproduktion, hervorgerufen durch einen sich auf dem Rückzug befindenden Sozialstaat. Andererseits ermöglicht das Sprechen von der „Flüchtlingskrise“ eben gerade die Verdeckung solcher zugrunde liegenden Krisen durch Angst- und Partikelpolitiken.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Kein Vorschlag aus dem Land **Utopia**, keine weltfremde Idee

Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen **Teil 2**

In der letzten *Sperrre*-Ausgabe gab es eine Einführung in das Thema bedingungsloses Grundeinkommen. Und wer anschließend neugierig geworden ist, hat vielleicht den entsprechenden Wikipedia-Beitrag im Internet aufgerufen. Und erstaunt festgestellt, wie weltumspannend das Thema die Menschen bereits länger und in jüngster Zeit ernsthafter beschäftigt.

Von Christoph Theligmann - Illustrationen Agneta Becker

Die Schweiz, Brasilien, Indien, Namibia, Kenia, Finnland, Mongolei. Das ist die Reihe der Länder, deren Regierungen sich eingehend mit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigt haben, regional begrenzt oder auch landesweit. Damit ist eine staatliche Unterstützung gemeint, entkoppelt von Erwerbsarbeit und ohne Auflagen, sowie sanktions- und steuerfrei.

Die Aktualität der zugrunde liegenden Idee ist Reaktion auf die Globalisierung

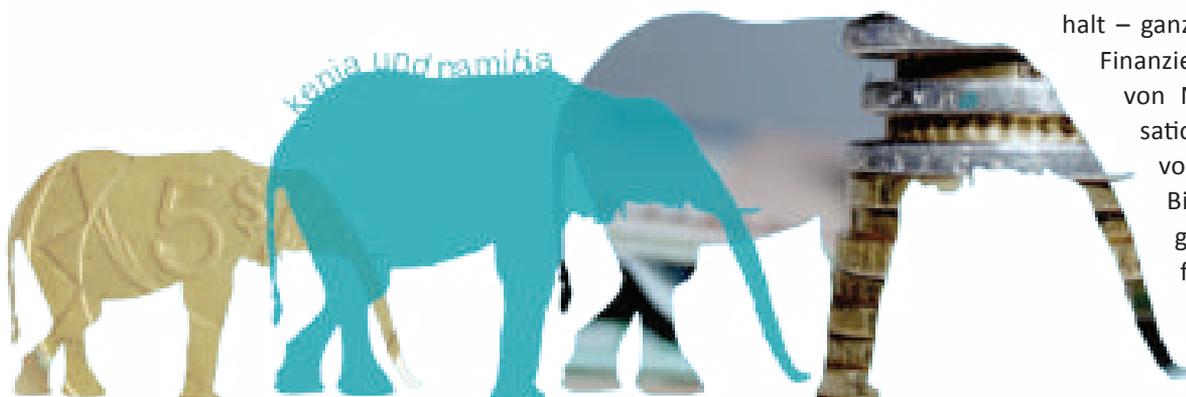
Zunächst ein weiter Rückgriff in die Vergangenheit: Der englische Staatsphilosoph am Hofe Heinrich VIII., Thomas Morus, hatte bereits 1516 in seinem berühmten Roman *Utopia* für ein voraussetzungsfreies Einkommen plädiert, interessanterweise mit dem Argument, damit Diebstahl zu verhindern. Ein wenig diesen Argumentationsstrang verändernd, jedoch dem gleichen Grunde nach, könnte man übrigens heute mit ein wenig Fantasie die gleiche Notwendigkeit sehen, so zu verfahren.

Und nun ein kleiner Blick in die Zukunft: Benoît Hamon, möglicher Kandidat der französischen Sozialisten für die Wahl zum Präsidenten 2017 fordert eindringlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Ob in der Vergangenheit, der Gegenwart oder in der Zukunft, ob auf dem europäischen Kontinent oder am Rande der Welt: Das bedingungslose Grundeinkommen hat politisch und gesellschaftlich an Bedeutung gewonnen. Und das unabhängig von den jeweils spezifischen Voraussetzungen, den verschiedenen Einflüssen oder den darüber debattierenden Entscheidungsträgern in den unterschiedlichen Ländern. Im Folgenden sei beispielhaft die Situation in einigen Ländern vorgestellt.

Namibia und Kenia

In einem Dorf in Namibia begann Anfang 2008 ein Experiment: Das bedingungslose Grundeinkommen wurde dort versuchsweise eingeführt. Die 1000 Dorfbewohner bekamen Geld zum Lebensunterhalt – ganz ohne Gegenleistung. Finanziert wurde das Projekt von Nichtregierungsorganisationen, unter anderen von „Brot für die Welt“. Bis zum Ende des Programms im April 2015 flossen auch private





Spendengelder aus Deutschland und Italien in das Projekt.

Weit mehr als anderswo steht in Afrika die unmittelbare Armutsbekämpfung im Blickpunkt. Ziel war es sicherzustellen, dass durch das Grundeinkommen nicht Passivität und Müßiggang um sich greifen, sondern dass die Zuwendungen vermehrt für zukunftsgerichtete Investitionen genutzt werden. Tatsächlich zeigte sich, dass nach den Zahlungen mehr Kinder regelmäßig die Schule besuchten und dass kostenpflichtige Gesundheitsangebote häufiger von den Teilnehmern nachgefragt wurden. Die Zahl der unterernährten Kinder sank, und durch Existenzgründungen stieg das Wirtschaftswachstum um zwölf Prozent.

Der namibische Staat beobachtete das Experiment wohlwollend, sprach sich aber gegen ein Grundeinkommen für das ganze Land aus. Für den jetzigen Präsidenten Hage Geingob, vormals Wirtschaftsminister, steht das Thema Grundeinkommen nicht ganz oben auf seiner politischen Agenda. Angeblich der Kosten wegen. Allerdings scheint er sich zu bemühen, die Armut im Land ernsthaft zu bekämpfen. So gibt es Überlegungen, aus dem Etat des neu geschaffenen Ministeriums für Armutsbekämpfung armen und kinderreichen Familien ein regelmäßiges Einkommen zu zahlen, verbunden mit einer Schul- und Impfpflicht. Vielleicht ein erster Schritt, das vormalige Langzeitprojekt nun mit staatlicher Unterstützung landesweit fortzuentwickeln.

Es klingt zynisch, aber Afrika scheint ein gutes Experimentfeld für all die offenen Punkte abzugeben, die im Zusammenhang mit dem bedingungslosen Grundeinkom-

men zu klären sind. In Kenia sollen jetzt 6000 Menschen für mindestens zehn Jahre so ein Einkommen in einer Höhe erhalten, die das Überleben sichert. In Afrika ist das Leben deutlich billiger als in den westlichen Industrieländern, die Lebensunterhaltungskosten sind viel niedriger. Mit den 30 Millionen Euro für ein Langzeitprojekt wie in Kenia käme man in Europa nicht weit. Dort würde ein vergleichbares Vorhaben Investitionskosten in Milliardenhöhe erfordern.

Im Umgang mit der Grundversorgung nutzen die Menschen in Kenia auch die neuen Medien: Finanztransfers erfolgen mittels Mobiltelefon, zusätzlich sind Firmen aus dem Silicon Valley an dem Projekt beteiligt. Ein Ziel auch hier: Die Menschen sollen lernen, verantwortungsvoll mit der finanziellen Zuwendung umzugehen, was denn auch für die Auszahlung von Geld anstelle von Sachleistungen spricht.

Brasilien

Brasilien hat als erster Staat 2004 das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen in seine Verfassung aufgenommen. Ein Grundeinkommen ist seitdem also Bürgerrecht. Wer mindestens fünf Jahre im Land lebt, soll die Grundbedürfnisse Ernährung, Gesundheit und Erziehung mit der staatlichen Leistung abdecken können, unabhängig davon, ob er Vermögen besitzt oder ob er arbeitet.

Nur umgesetzt ist der Verfassungsanspruch in der Praxis bislang nicht. Stattdessen gibt es ein staatliches Programm, welches sich frei übersetzt „Familientasche“ nennt. Hierbei handelt es sich lediglich um ein Sozialprogramm mit Vorbedingungen: Ein fester Wohnsitz ist dafür genauso Voraussetzung wie die Teilnahme an einer Ernährungs-, Ausbildungs- und Impfaberberatung. Das Programm





Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen **Teil 2**

ist an die Höhe des Pro-Kopf- bzw. des Familien-Einkommens gekoppelt, es erreicht gut ein Viertel der Brasilianer. Bürokratische Hürden drücken allerdings die Zahl der tatsächlichen Empfänger in der Praxis deutlich unter dieses Bevölkerungsviertel.

In Brasilien ist das bedingungslose Grundeinkommen einerseits ein Nischenthema, andererseits in der Verfassung als Staatsziel ausdrücklich genannt. Dieser Widerspruch fördert das Entstehen von Privatinitiativen, ähnlich denen in Afrika. Die Nichtregierungsorganisation „ReCivitas“ hat ein entsprechendes Projekt begonnen. Die Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens in Brasilien hoffen, dass die staatlichen Sozialprogramme die ersten Schritte sind, um die Verfassung Wirklichkeit werden zu lassen. Skeptiker befürchten, konservative Regierungen nach der Ära von Lula da Silva und Dilma Rouseff könnten das in der Verfassung verbürgte Recht wieder aus dem Blick verlieren.

Finnland

Als erstes Land der Welt wird Finnland in 2017 auf nationaler Ebene das bedingungslose Grundeinkommen einführen. Das geschieht schrittweise, zunächst für Arbeitslose, später für Kinder und Auszubildende, und zuletzt für Rentner, Alleinerziehende und andere Bedürftige. Das Land mit seinen fünfeinhalb Millionen Einwohnern will in einem ersten Schritt 2000 Menschen monatlich 560 Euro ohne Gegenleistung zur Verfügung stellen.

Die 2000 arbeitslosen Menschen, die ohnehin auf eine staatliche Unterstützung angewiesen sind, können dann zum Grundeinkommen weitere Zusatzleistungen, wie zum Beispiel Wohngeld, beziehen. Und da jeder hinzuverdiente Euro eines Teilzeit- oder Niedriglohnjobs nicht mit dem

Grundeinkommen verrechnet wird, will der Staat damit auch herausfinden, ob Nichtstun für die Leute attraktiver ist als zu arbeiten und ob alternative, nicht an den Erwerb gebundene Arbeitsmodelle eine Zukunft haben, wenn die Existenz bereits abgesichert ist.

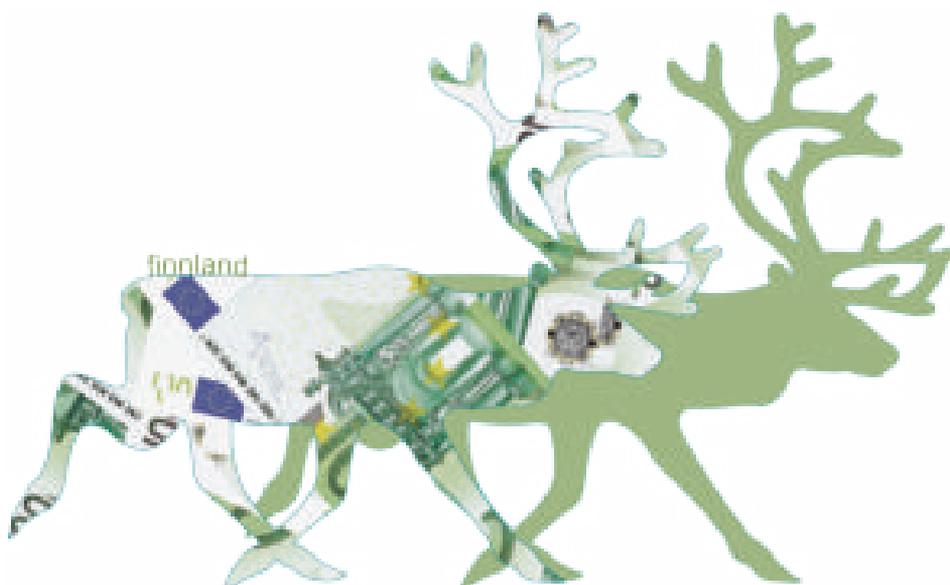
Letztlich geht es der Mitte-Rechts-Regierung in Finnland um die Zukunft der Arbeit und die damit verbundenen Fragen. Die neue Arbeitswelt wird nicht nur Jobs der geringqualifizierten Arbeiterschaft überflüssig machen, die Zukunft wird auch die Arbeitsplätze von Mittel- und Hochqualifizierten gefährden – Stichwort: Digitalisierung der Arbeitswelt.

„Wir beginnen mit dem ersten Schritt. Und 560 Euro ist Geld, welches man durch Sozialhilfe und andere Leistungen jetzt schon bekommt“, so Olli Rehn, der finnische Wirtschaftsminister.

Das Modell soll wie erwähnt mit den Jahren auf andere Personengruppen ausgeweitet werden. Es ist nicht zu bestreiten, dass es dabei auch um sozialen Ausgleich geht. Ein finnisches Grundeinkommen für Spitzenverdiener ist nicht geplant.

Das Fazit

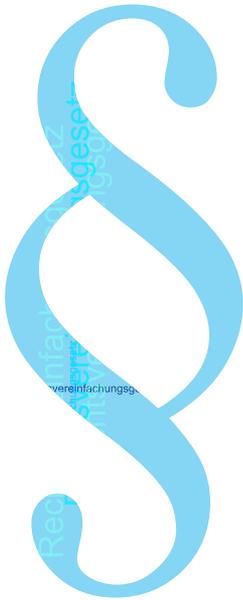
Die wenigen Beispiele zeigen, wie weltweit über die Bedeutung und den Begriff der Arbeit neu nachgedacht wird. Dass Arbeit in Zukunft anders organisiert wird, dass sie einen anderen Wert als Mittel zum Erwerb des Lebensunterhalts erfahren wird, dass das eine – die Erwerbsarbeit – das andere – das Überleben – nicht mehr zwangsläufig bedingt, dürfte klarer und einsichtiger werden. Und das rund um den Globus in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt. ■



Anmerkung der Redaktion:

Eines der größten Probleme im Zusammenhang mit dem bedingungslosen Grundeinkommen ist die Frage nach seiner Finanzierbarkeit. Mit dieser Frage und den Antworten darauf werden wir uns in den nächsten SPERRE-Ausgaben beschäftigen. Genauso wie mit weiteren Aspekten des Themas.

Urteile



Zur Rechtssicherheit für Arbeitslose und Arme

DIE SOZIALPOLITIKERINNEN verändern die Gesetze schneller, als sie vom Staat veröffentlicht werden können. Das hat mit Rechtsvereinfachung oder Rechtssicherheit wirklich nichts zu tun.

Von Arbeitslosen und Armen verlangt der Staat, dass sie sich stets entsprechend der gesetzlichen Regeln verhalten. Dass man eine Regel nicht kennt, wird regelmäßig nicht als Entschuldigung akzeptiert. Hartz IV, auch als Sozialgesetzbuch II (SGB II) bekannt, – also das Gesetz für Arme und Arbeitslose – ist jedoch kaum ein Beispiel für verlässliche Regeln. Das sogenannte „Rechtsvereinfachungsgesetz“ war laut Aussage von Harald Thomé (Tacheles-Sozialhilfe) die 75. Änderung des Hartz IV. Nach dem Rechtsvereinfachungsgesetz gab es übrigens schon die nächste Änderung des Gesetzes, verkündet im Bundesgesetzblatt am 31. Juli 2016.

Die Bundesregierung bzw. das Bundesjustizministerium ver-

öffentlichen alle Gesetze im Internet (www.gesetze-im-internet.de). Die VerwalterInnen dieser Seite kommen mit den Gesetzesänderungen nicht nach. Das sogenannte Rechtsvereinfachungsgesetz ist am 26. Juli 2016 verkündet worden und am 1. August 2016 in Kraft getreten. Am 24. August 2016 hat das SGB II auf www.gesetze-im-internet.de immer noch nicht die seit 1. August 2016 gültige, neu beschlossene Form. Beispielsweise erschien am 24. August 2016 der § 1 zwar schon in der geänderten, neugültigen Form, der § 5 aber immer noch in der veralteten Fassung, die vor dem 1. August 2016 gegolten hat. Der Staat blickt bei seinen Gesetzen offenbar selbst nicht mehr durch.

Das häufige Drehen am Gesetz gibt keine Rechtssicherheit, sondern so entsteht eher der Eindruck von Willkür oder Bananenrepublik. „Rechtsvereinfachungsgesetz“ als Name dafür verhöhnt alle, die von dem Gesetz betroffen sind. *Avo*

Unterschiedlicher Lohn für Männer und Frauen

In einer Schuhfabrik unterhielten Frauen für gleiche Arbeit regelmäßig weniger Lohn als Männer. Eine Arbeiterin erfuhr von dem Lohnunterschied in der Betriebsversammlung und klagte dagegen. Sie erhält eine Lohnnachzahlung von 11.000 Euro für den zu wenig gezahl-

ten Lohn. Außerdem erhält sie eine Entschädigung von 6000 Euro dafür, dass die Firma sie dauerhaft und vorsätzlich als Frau benachteiligt hat.

Landesarbeitsgericht Mainz, Urteil vom 28.10.2015 - 4 Sa 12/14 (nach <http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht>)



Sexueller Übergriff und fristlose Kündigung

Wenn ein sexueller Übergriff gegenüber einer anderen Angestellten lange nach der Tat – im strittigen Fall ein Jahr später – der Betriebsleitung bekannt wird, dann ist dennoch eine fristlose Kündigung berechtigt.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 10.11.2015 - 2 Sa 235/15 (nach <http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht>)

Kürzung von Weihnachtsgeld

Einer schwangeren Angestellten darf das Weihnachtsgeld nicht vorenthalten werden, das alle anderen Angestellten bekommen. Das gilt auch, wenn sie in der Schwangerschaft länger krank war, und selbst dann, wenn sie vor dem Mutterschutz alle ihre Aufträge abschließt, ihren

Schreibtisch leerarbeitet und sie kurz vor der Geburt in einen anderen Ort zu ihrem Partner zieht. Dass sie möglicherweise nach der Elternzeit nicht zurückkommt, darf ihr beim Weihnachtsgeld nicht zum Nachteil gereichen.

Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 10.05.2016 - 5 Sa 209/15 (nach <http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht>)

Kein Elternzeitantrag per Fax

Einen Antrag auf Elternzeit muss der Arbeitgeber regelmäßig akzeptieren, wenn er rechtzeitig vor Beginn der Elternzeit gestellt wird, außerdem wenn der Antrag die Zeiten des Fehlens klar benennt und wenn er formal korrekt eingereicht wird. Ein Antrag per Fax oder per E-Mail reicht nicht aus, das Schreiben muss zudem eigenhändig unterschrieben sein. Ist das nicht der Fall, darf der Arbeitgeber den Antrag als nicht gestellt betrachten. Er darf der Arbeitnehmerin kündigen, wenn sie nicht zur Arbeit kommt. Die Arbeitnehmerin hat in dem verhandelten Fall keine Besonderheiten vorgetragen, weshalb der Arbeitgeber ihr die fehlende Form nicht entgegenhalten darf.

Bundesarbeitsgericht, 10.05.2016 - 9 AZR 145/15, Mitteilung des Gerichts

Reinigung der Arbeitskleidung

Schlachthöfe sind verpflichtet, bei der Arbeitskleidung bestimmte Anforderungen an Hygiene und Reinheit zu erfüllen. Wenn sie die Arbeitskleidung ihrer Beschäftigten regelmäßig reinigen, dann geschieht das aufgrund der rechtlichen Auflagen für diese Betriebe und nicht aus dem Interesse der Beschäftigten. Die Kosten für das Reinigen dieser Kleidung können die Betriebe nicht einfach vom Lohn ihrer Arbeiter abziehen.

Bundesarbeitsgericht, 14. Juni 2016 - 9 AZR 181/15 - Mitteilung des Gerichts

DAS SOZIALGERÜCHT GEGEN FALSCHMELDUNGEN

Minijob: (Kein) Lohn bei Krankheit

Wenn Sie krank sind, kriegen Sie kein Geld, oder Sie können ja an einem anderen Tag nacharbeiten, sagt Ihnen die Chefin bei Ihrem Minijob.

Da macht sie es sich zu einfach. Das Arbeitsrecht ist eindeutig, so sagt das Entgeltfortzahlungsgesetz. Wer krank ist und die vereinbarte Arbeitszeit nicht ableistet, dem zahlt die Arbeitgeberin den Lohn weiter, auch im Minijob. Dieser Anspruch auf Lohnfortzahlung entsteht nicht sofort bei Arbeitsaufnahme, sondern wenn die Beschäftigung schon vier Wochen dauert. Die Arbeitgeberin bekommt von einer Ausgleichskasse 80 Prozent der Lohnfortzahlung erstattet. Nach sechs Wochen Krankheit allerdings ist Schluss mit der Lohnfortzahlung von der Arbeitgeberin, sozialversicherte Beschäftigte erhalten danach Krankengeld von der Krankenkasse, bei geringfügig Beschäftigten ist dann tatsächlich Schluss.

Einen Anspruch auf Lohnfortzahlung haben Minijobber übrigens auch an gesetzlichen Feiertagen und während ihres Erholungsurlaubs – so wie andere Beschäftigte auch. Minijobber, geringfügig Beschäftigte oder 450-Euro-Kräfte meinen die gleiche Gruppe von Arbeitnehmern, nämlich diejenigen mit bis zu 450 Euro Lohn im Monat, ohne Abzug von Beiträgen zur Sozialversicherung.

Urteile

Umzugskosten bei Aufforderung zur Mietkostensenkung

Sieht das Jobcenter einen Umzug als notwendig an und sagt die Kostenübernahme zu, dann gehören dazu auch die Kosten für den neuen Telefon- und Internetanschluss sowie für den Nachsendeantrag.

Bundessozialgericht, B 14 AS 58/15 R vom 10.8.2016

Sozialbetrug und Strafrecht

Bei einem Strafverfahren wegen Sozialbetrugs hat das Gericht selbst zu überprüfen, ob und wie weit ein Anspruch auf die Sozialleistung bestanden hat und wie weit ein Schaden eingetreten ist. Das Gericht kann nicht einfach die Schadensaufstellung der Sozialbehörde übernehmen, sondern muss selbst ermitteln.

Bundesgerichtshof vom 22.3.16, Az. 3 StR 517/15, nach Sozialinfo 3/2016

Alg II und vorgezogene Altersrente (Zwangsrente)

Kommt eine Arbeitslose der Aufforderung zum vorzeitigen Rentenantrag nicht nach, weil sie keine Abschläge von der Rente möch-

te, dann darf das Jobcenter nicht die Hartz-IV-Leistung wegen des fehlenden Rentenanspruchs versagen.

LSG Berlin-Brandenburg vom 3.11.16, L 32 AS2416/16 nach Tacheles Rechtsprechungsticker

Bundesfreiwilligendienst und vorzeitige Altersrente mit Abschlägen

Der Bundesfreiwilligendienst ist eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Nach Ablauf des Dienstes besteht ein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Diese Möglichkeit ginge bei einer Verpflichtung zu einer vorzeitigen Rentenanspruchnahme verloren. Das Jobcenter darf von einer Teilnehmerin am Bundesfreiwilligendienst mit aufstockendem Alg-II-Bezug nicht fordern, anstelle des Alg II eine vorgezogene Altersrente zu beantragen.

LSG Berlin-Brandenburg 6. 10.16 Az.: L 14 AS 2033/16 B ER, nach Tacheles Rechtsprechungsticker

Arbeitslosengeld nach zwei Erziehungszeiten

Eine Erziehungszeit unmittelbar im Anschluss an eine Versicherungszeit ist sozialversicherungspflichtig, das Mutterschaftsgeld auch. Steht eine Mutter nach der Erziehungszeit des ersten Kindes erneut im Mutterschutz wegen einer bevorstehenden zweiten Ge-



Foto: Agneta Becker

burt, dann unterbricht diese Zeit des Mutterschutzes nicht die Versicherungspflicht, auch wenn die Mutter kein Mutterschaftsgeld beantragt hat. Nach der zweiten Elternzeit hat sie darum einen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

LSG Baden-Württemberg, vom 18.10.2016 - L 13 AL 1634/15, nach Tacheles Rechtsprechungsticker

Sozialrechtlicher Anspruch auf Geltendmachung des Pflichtteils beim Berliner Testament

Grundsätzlich darf das Jobcenter im Fall eines Berliner Testaments von einem Leistungsempfänger nicht verlangen, seinen Pflichtteilsanspruch geltend zu machen. Etwas anderes gilt jedoch, wenn ausreichend Barvermögen vorhanden ist, um den „ausgeschlossenen“ Erben auszusahlen, ohne dass zum Beispiel ein Grundstück verkauft oder beliehen werden muss.

Sozialgericht Mainz vom 23.08.2016, S 4 AS 921/15

Drei für Münster



Im nächsten Jahr können Sie mit Ihrer Stimme dafür sorgen, dass Münster auch weiterhin sozial, demokratisch und kompetent im Bundestag und im Landtag NRW vertreten ist.



Robert von Olberg
für den Bundestag

Svenja Schulze
für den Landtag

Thomas Marquardt
für den Landtag

Hartz IV für Kind auch bei geheimgehaltenem Namen des Kindsvaters

Verhindert eine Mutter durch Geheimhaltung des Namens des Vaters ihrer Tochter, dass Unterhaltsansprüche ihrer minderjährigen Tochter geltend gemacht werden können, wird hierdurch deren Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II nicht ausgeschlossen. Für einen Leistungsausschluss im Bereich der Existenzsicherung nach dem SGB II sei eine ausdrückliche gesetzliche Regelung erforderlich, so das Sozialgericht Speyer. Der Grundsatz der Nachrangigkeit von Leistungen nach dem SGB II rechtfertigt den Leistungsausschluss im vorliegenden Fall nicht.

Sozialgericht Speyer vom 25.10.2016, Az.: S 6 AS 1011/15

Klage eines Hartz-IV-Empfängers zur Anrechnung von Elterngeld abgewiesen

Die Berücksichtigung des Elterngeldes als Einkommen bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II ist mit Verfassungsrecht vereinbar, wenn das Elterngeld aus Gründen des § 2 Abs. 4 Satz 2 BEEG in Höhe des Mindestbetrags von 300 Euro ausgezahlt wird. Im vorliegenden Verfahren hatte sich der Kläger lediglich pauschal auf die Verfassungswidrigkeit der Anrechnungspraxis berufen, ohne die verletzte Rechtsnorm sowie die Tatsachen anzugeben, aus denen sich ein Verfahrensmangel ergeben könnte. Dies hat das Bundessozialgericht mit Beschluss vom 26.07.2016 entschieden, in dem es die Revision des Klägers als unzulässig zurückwies.

Bundessozialgericht vom 26.07.2016, Az.: B 4 AS 25/15 R

SG Mainz legt Karlsruhe Leistungsausschlüsse im SGB II zur Prüfung vor

Das Sozialgericht Mainz zweifelt daran, dass es mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar ist, arbeitssuchende Ausländer, die sich auf kein sonstiges Aufenthaltsrecht (zum Beispiel aus familiären Gründen) berufen können, und ihre Familienangehörigen von den Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) auszuschließen. Deswegen soll

jetzt das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit der Leistungsausschlüsse im SGB II überprüfen. Personen, die sich in Deutschland tatsächlich aufhalten, dürften trotz bestehender Hilfebedürftigkeit nicht von sämtlichen existenzsichernden Sozialleistungen ausgenommen werden, meint das SG Mainz.

Sozialgericht Mainz vom 18.04.2016, Az.: S 3 AS 149/16



Foto: Agneta Becker



Rosta BUCHLADEN

Regelstr. 12, 48143 Münster
Tel: 0251/48926, Fax: 54887
e-mail: rosta.buchladen@muenster.net

Die Alternative in Münster für jede Art von Literatur:

- Entdeckungen aus aller Welt
- Kultur- und Sozialwissenschaften
- aktuelle politische und philosophische Diskussion
- Besorgung aller beliebigen Bücher

STADT MÜNSTER
Presseamt



Mehr als ...
**Ludgeri &
Lamberti**

muenster.de



Thema Grundsicherung

Ab 1. Januar steigen die Regelsätze der Grundsicherung

Wer Grundsicherung bezieht, erhält ab Januar 2017 mehr Geld. Dies beschloss der Bundestag am 01.12.2016. Der Regelsatz für Alleinstehende steigt von 404 Euro auf 409 Euro pro Monat. Am stärksten steigen die Regelleistungen für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Ab 01.01.2017 erhalten sie 291 Euro statt bisher 270 Euro. Dem Plus liegt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts von 2013 zugrunde. Demnach ist der Bedarf in dieser Altersgruppe für Lebensmittel und Getränke erheblich höher als bisher berechnet. Leistungen für Asylbewerber sinken dagegen.

<http://rsw.beck.de/aktuell/meldung/regelsaetze-der-grundsicherung-steigen-2017>

Bundesregierung möchte Grundsicherung für EU-Ausländer einschränken

Die Bundesregierung möchte den Anspruch ausländischer Personen auf Grundsicherungs-

leistungen einschränken und hat dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf (Bundestag-Drucksache 18/10211) vorgelegt. Dieser stelle klar, welche Personengruppen künftig von Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ausgeschlossen sein sollen, teilte die Bundestagspressestelle am 9. November 2016 mit.

<http://rsw.beck.de/aktuell/meldung/bundesregierung-moechte-grundsicherung-fuer-eu-auslaender-einschraenken>

Keine Grundsicherung für Familien arbeitssuchender EU-Ausländer

Der Ausschluss von Ansprüchen auf Grundsicherungsleistungen für EU-Ausländer, die sich nur zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, erstreckt sich auch auf Familienangehörige mit abgeleitetem Aufenthaltsrecht. Dies hat das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz mit Beschluss vom 08.08.2016 entschieden.

LSG Rheinland-Pfalz: Az.: L 3 AS 376/16 B ER

Tipps & Kurzmeldungen

Der neue „Leitfaden ALG II / Sozialhilfe von A-Z“ ist erhältlich

In vielen Jahren bewährt hat sich der „Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z“ von Harald Thomé und Frank Jäger. Jetzt ist er neu überarbeitet erschienen in der 29. Auflage.

Er stellt zugleich mit den Regelungen des Arbeitslosengelds II auch die Regelungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. In der neuen Auflage sind die aktuellen Änderungen durch das sogenannte „Rechtsvereinfachungsgesetz“ eingearbeitet und kritisch kommentiert, ebenfalls die aktuelle Rechtsprechung.

Für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, für deren BeraterInnen sowie für Rechtsvertreterinnen und -vertreter ist der Leitfaden ein fundierter Ratgeber – er soll zur rechtlichen Gegenwehr befähigen und ermutigen. Die Autoren wollen aber auch Mut machen, sich gegen Sozialabbau und Lohndumping zur Wehr zu setzen.

*Frank Jäger, Harald Thomé, Leitfaden Alg II / Sozialhilfe von A-Z, 29. Auflage, Oktober 2016
ISBN: 978-3-932246-70-8
Der Leitfaden kostet mit Versand 15 Euro.*

*Zu bestellen ist er online: www.dvs-buch.de,
per Fax: 069 / 74 01 69, per Brief: DVS,
Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt*

Sprechstunde für Menschen ohne Krankenversicherung

Eigentlich soll jeder Mensch in Deutschland krankenversichert sein. Bei einer sechsstelligen Zahl von Menschen ist dies nicht der Fall, 700 davon allein in Münster – die Dunkelziffer ist dreimal so hoch. Die Gründe dafür sind vielfältig: gescheiterte Kleinselbstständigkeit, Rausfall aus der Familienversicherung, Flucht und Migration...

Die Folgen können dramatisch sein, wenn gesundheitlich notwendige Untersuchungen und Behandlungen aufgeschoben werden. Deshalb bietet die Malteser Migranten-Medizin immer dienstags von 10 bis 14 Uhr am Daimlerweg 33 eine Sprechstunde bei ehrenamtlich tätigen Malteser-Ärzten an, die die Erstuntersuchung und medizinische Versorgung bei plötzlicher Erkrankung, Verletzung oder einer Schwangerschaft übernehmen und ggf. die Patienten zu helfenden Fachärzten vermit-

teln. Im Haus der Wohnungslosenhilfe existiert eine Ambulanz für Nicht-Versicherte. Im Zweifel muss das Sozialamt einspringen und für teure Krankenhausaufenthalte aufkommen.

Die Bürokratie im Gesundheitssystem lässt kaum Lösungen zu. Eine neue Clearingstelle soll in Münster an die unbezahlte Soforthilfe anknüpfen und Möglichkeiten erschließen, doch zu einer geregelten Behandlung zu kommen. Die münstersche Einrichtung soll zusammen mit vier weiteren Clearingstellen im Land einerseits im Einzelfall an die geregelte Krankenversicherung heranführen, andererseits soll sie Ausmaß und allgemeine Bedingungen dieser Krise herausfinden und beschreiben.



Die Clearingstelle bietet ihre Sprechstunden an zwei Standorten an: jeden Mittwoch von 15 bis 17 Uhr bei der Caritas, Josefstr. 2 und jeden Montag und Donnerstag von 10 bis 12 bei der GGUA, Hafenstr. 3-5, 1. Etage

Foto: Agneta Becker

www.stadtwerke-muenster.de

Energiesparen ist doch ganz einfach!

- ✓ Kostenlose Tarif- und Energiesparberatung
- ✓ Energiespar-Produkte
- ✓ Expertensprechstunden

Dies alles und vieles mehr bieten wir Ihnen im CityShop, Salzstr. 21, im Kundencenter am Hafenplatz 1 oder unter der Kunden-Hotline 02 51.6 94-12 34.

Wir beraten Sie gern.



Einfach. Näher. Drauf.


Stadtwerke Münster

Resturlaub ins nächste Jahr übertragen

Jahresurlaub ist eigentlich im laufenden Jahr zu nehmen, sonst verfällt er. Im laufenden Arbeitsverhältnis wird der Urlaub entweder genommen oder er verfällt, auszahlen lassen geht nicht. Können Sie den Urlaub nicht rechtzeitig nehmen, dann können Sie ihn ins folgende Jahr übertragen, in der Regel aber nur ins erste Quartal, also bis zum 31. März. Wenn der Arbeitgeber damit einverstanden ist, geht es auch über den 31. März hinaus.

Wenn in der Zwischenzeit das Arbeitsverhältnis endet, dann kann man sich den Resturlaub auszahlen lassen – aber nur dann. Werden Sie arbeitslos, dann erhalten Sie für die ausgezahlten Urlaubstage kein Arbeitslosengeld, sondern erst danach. Besser ist es, das Arbeitsverhältnis erst nach den Urlaubstagen enden zu lassen.

Hartz IV: Paritätischer bezeichnet Regelsatzpläne der Bundesregierung als „Affront“

Als viel zu niedrig und „in keiner Weise bedarfsdeckend“ kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die angekündigte Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze zum 1.1.2017 um abermals lediglich 5 Euro auf dann 409 Euro. Der Verband fordert die Bundesregie-

rung zur Offenlegung der verwendeten Statistiken auf und kündigt eine detaillierte Überprüfung der Berechnungen an.

Nach letzten Studien des Verbandes wäre bereits in diesem Jahr eine Anhebung der Regelsätze um 23 Prozent auf 491 Euro erforderlich gewesen, da der Regelsatz seit 2011 durch manipulative Eingriffe in die Statistik verzerrt worden und im Ergebnis nicht bedarfsdeckend war. Die seitdem jährlich erfolgte Anpassung der Regelsätze beruhte auf der einfachen Fortschreibung nach einem Mischindex aus Preissteigerungen und der Entwicklung der Nettolöhne. Fortgeschrieben wurden damit auch die manipulativen Eingriffe, was die Bedarfslücke stetig wachsen ließ. Da jetzt neue Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen, ist die Bundesregierung laut Gesetz verpflichtet, die Regelsätze auf Grundlage der aktuellen Daten zu überprüfen und komplett neu zu ermitteln.

- Ab 2017 beträgt der Regelsatz
- für **Erwachsene** um 5 Euro auf **409 Euro**,
- für **Schulkinder** zwischen 6 und 13 Jahren um **21 Euro auf 291 Euro** und
- für **Jugendliche** zwischen 13 und 18 Jahren



Ein Affront: Die Hartz-IV-Regelsatzerhöhung um 5 Euro - Foto: Agneta Becker

- um **5 Euro auf 311 Euro** erhöht werden.
- Für **Kleinkinder** soll der Regelsatz **unverändert bei 237 Euro** im Monat bleiben!

Weitere Stellungnahmen von Verbänden und PolitikerInnen: <http://www.harald-thome.de/download.html>

Arbeitsvertrag muss nicht im Jobcenter abgegeben werden

Welcher Hartz-IV-Antragsteller kennt das nicht: „Zum Bearbeiten Ihres Antrags fehlen noch folgende Unterlagen ...“ Das Jobcenter greift beim Beantragen von Alg II (Hartz IV) in viele persönliche Lebensbereiche ein, es fordert darum auch viele Nachweise an, so will es der Gesetzgeber. Dabei scheint die Datensammelsucht unbegrenzt zu sein (nebenbei: das scheint auch ein Grund zu sein, warum abgegebene Unterlagen im Jobcenter verloren

vhs Volkshochschule Münster

Jahresthema: **Suche** **Sehnsucht** **Sucht**

Neue Kurse ab Januar 2017

Jetzt anmelden!
www.vhs.muenster.de Tel. 492-4321

Tipps & Kurzmeldungen

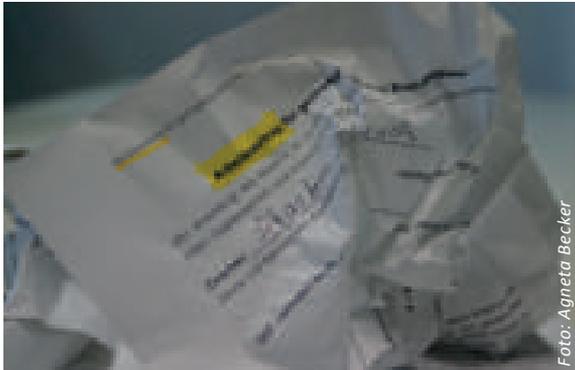


Foto: Agneta Becker

gehen). Regelmäßig verlangt das Jobcenter die Vorlage eines neu abgeschlossenen Arbeitsvertrages und nimmt ihn als Kopie zu den Akten.

Das geht zu weit, sagt der Beauftragte des Bundes für den Datenschutz. Nicht alles ist vorzulegen, und erst recht nicht alles ist als Kopie zu den Akten zu nehmen. Wenn die Informationen anderweitig vorliegen, ist dies für die Bewilligung der Hartz IV-Leistungen nicht notwendig. Das komplette Schreiben des Bundesdatenschutzbeauftragten finden Sie zum Beispiel hier:

<http://hartz.info/~moderator//Anlagen-RG/BfDI-Arbeitsvertrag.pdf>

ALG-Aufstocker ab Januar in AA vermittelt

Wer als Aufstocker sowohl von der Arbeitsagentur als auch vom Jobcenter Geld bekommt, wird bei der Arbeitsvermittlung bislang allein vom Jobcenter vermittelt und gefördert. Ab Januar 2017 wechselt diese Betreuung in die Arbeitsagentur. Alle Weiterbildungen, Vermittlungshilfen und -zwänge übernimmt dann die Arbeitsagentur.

Eine Begründung ist, dass die aufstockenden Arbeitslosen vorher schließlich auch Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten, darum sollen sie auch an den Leistun-

gen teilhaben. Eine andere ist: in den Arbeitsagenturen sind immer weniger Arbeitslose betreut, in den Jobcentern werden es mehr.

Alle Meldungen über die Arbeitsaufnahme oder über Nebenjobs sowie Leistungsanträge müssen weiterhin bei beiden „Arbeitsämtern“ abgegeben werden.

Zwangsverrentung: neue „Unbilligkeit“ bei Niedrigrente

Zwangsverrentung nennt man das, wenn das Jobcenter Arbeitslose vorzeitig mit Rentenabschlägen in die Altersrente schickt. Das ist ein geschickter Schachzug, um weniger Arbeitslose vermitteln zu müssen und um die Arbeitsmarktlücke kleiner erscheinen zu lassen. Das ist zwar sehr umstritten, aber das Hartz-IV-Gesetz gibt das ausdrücklich her. Nur wenn es „unbillig“ ist, dann geht das nicht. Unbillig ist es beispielsweise bei Menschen, die noch in einem Niedriglohnjob arbeiten und vom Jobcenter aufstockende Leistungen erhalten. Oder wenn sie Hartz IV ergänzend zu einem niedrigen Arbeitslosengeld erhalten. Oder wenn eine Arbeitsaufnahme unmittelbar bevorsteht. Oder eine ungekürzte Rente direkt bevorsteht. In all diesen Fällen ist eine vorzeitige und gekürzte Rente nicht zu akzeptieren.

Zum 1. Januar 2017 hat die Bundesregierung eine neue Unbilligkeitsregel beschlossen:

„§ 6 Hilfebedürftigkeit im Alter: Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsrechte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden würden. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden monatlichen Regelaltersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Be-

darf der leistungsberechtigten Person nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch.“

Im Klartext heißt die neue Regel Folgendes: Nur wer eine so hohe Rente erwarten kann, dass sie auch nach einer Renten Kürzung immer noch erkennbar über dem Sozialhilfedarf liegt, soll vorzeitig und mit Abschlägen in die Altersrente gehen müssen! Die meisten zu erwartenden Kleinrentner sind damit entlastet.

Nachtrag zu „Dach überm Kopf“

Bei der Vorstellung des Beratungsangebotes zur Wohnungssuche „Dach überm Kopf“ in der vorigen SPERRE-Ausgabe (2/2016) hatten wir keine Kontaktdaten veröffentlicht, das holen wir hier nach: Die Beraterin des Dach überm Kopf e.V., Susanne Theyssen, erreichen Sie in der zweiten Etage bei:

Chance e.V.: Friedrich-Ebert-Str. 7,
48153 Münster, Tel: (0251) 620 88 47,
E-Mail: dachuebermkopf.muenster@gmail.com

Unfreiwillig beste Klimaschützer: Schuhe nicht ökologisch, Fußabdrücke schon

Menschen mit geringem Einkommen verhalten sich weitaus weniger umweltschädlich als Besserverdienende. Zu diesem erstaunlichen Ergebnis kam eine Studie des Umweltbundesamtes. Die repräsentative Erhebung des Pro-Kopfs-Verbrauchs natürlicher Ressourcen analysierte den Konsum über gesellschaftliche Gruppen hinweg und förderte einige Überraschungen zutage:

Gut situierte Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen glauben, dass sie selbst durch ihr Konsumverhalten weniger Ressourcen verbrauchen. Die Wahrheit sieht jedoch ganz anders aus. Unterm Strich ist

ALLES ÜBER MEINE MUTTER
FAHRRÄDER - NEU UND GEBRAUCHT
LILA LEEZE

Dortmund: 11.11. 665761
Mo-Fr 10 - 18 Uhr Sa 10 - 14 Uhr

Angst vor'm Amt?
Nicht mit uns!
Ämterbegleitung im Malta
Tel. 0251/4140553



Schuhe nicht ökologisch, Fußabdrücke schon - Foto: Agneta Becker

ihr Energieverbrauch fast doppelt so hoch.

Zwar sind Energieeffizienz und Ressourcenschonung selten Grundprinzipien bei Menschen, die von Armut betroffen und bedroht sind. Dennoch sind sie in vielen Punkten Spitzenreiter im Energiesparen. Und zwar aus purer Notwendigkeit: Sie können sich oft nur kleine Wohnungen leisten, wodurch sie zum einen einen geringeren Flächenverbrauch und zum anderen sehr viel niedrigere Heizkosten haben. Prestigeträchtige Autos, die neuesten Smartphones oder einen Wäschetrockner sucht man bei ihnen meist vergeblich. Urlaubsreisen gibt es wenig und wenn, dann eher nach MeckPom als in die DomRep (oder auch nur mit dem Rad für einen Tag an den Baggersee).

Der Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen ist also nicht nur im globalen Maßstab ungleich verteilt, sondern auch innerhalb der deutschen Bevölkerung. Die Menschen, die über reichlich Geld und Privilegien verfügen, sollten sich nicht nur verbal zu ihrer Verantwortung bekennen. Denn *ihr* Lebensstil überstrapaziert die Existenzgrundlagen *aller* Menschen. Es stellt sich außerdem die Frage, ob wir weiter am Wachstumsparadigma festhalten wollen.

Beispiele, wie es anders geht, gibt es genug und nicht selten sind dabei die Menschen Vorreiter, die mangels Alternativen nicht konsumieren, sondern reparieren, tauschen, teilen, selbst (an-)bauen und containern. *lli*

Die Studie zum Download im Internet:
<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/repraesentative-erhebung-von-pro-kopf-verbraeuchen>

Soziale Mobilität nimmt ab

Die Einkommensverteilung in Deutschland wird undurchlässiger. Das zeigt der diesjährige Verteilungsbericht des WSI. Arme Menschen bleiben häufiger dauerhaft arm, während sehr reiche sich zunehmend sicher sein können, ihre Einkommensvorteile auf Dauer zu behalten. So schafft es die Hälfte der Armen nicht, innerhalb von fünf Jahren aus der Armut herauszukommen – deutlich mehr als noch in den 1990er Jahren. Für Angehörige der unteren Mittelschicht ist im Zeitvergleich das Risiko des finanziellen Abstiegs gewachsen, während bereits Wohlhabende tendenziell größere Aufstiegschancen haben. Parallel dazu hat die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung in Deutschland einen neuen Höchstwert erreicht.

http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_31_2016.pdf

Und sie organisieren sich doch

Viele Menschen in Branchen wie der Logistik, Hotelreinigung oder Einzelhandel machen einen unvorstellbaren Arbeits-Wahnsinn mit, lassen sich ausbeuten. Ackern im Akkord, fehlende Pausen, miserable Arbeitsbedingungen gehören zum Alltag. Gerade Menschen im SGBII-Bezug oder ohne Papiere sehen keinen Weg aus diesen prekären Verhältnissen.

Oft ist es die Angst, die Menschen in diesen Jobs weiter machen lässt. Angst vor den Chefs, die gewerkschaftliche Organisation in vielen Fällen im Keim ersticken wollen. Oder die existentielle Angst, falls ich den Job verliere: Muss ich wieder zum Jobcenter gehen? Drohen mir dort Sanktionen? Habe ich dann überhaupt noch genug zum Leben? Diese Perspektive erscheint oft wie die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?
 Kündigung? Hohe Nebenkosten?

Mieter/innen-Schutzverein
 Münster und Umgebung e.V.
 Achterweg 17
 48143 Münster (48143 Münster)
 Tel. +49 (0) 251 49 14 18 (11)
 Fax +49 (0) 251 49 14 19
 www.mieterschutzverein-muenster.de

☎ (0251) 51 17 59
**Kompetent.
 Schnell.
 Preiswert.**

**WE ARE
 STANDING
 B-SIDE
 YOU.**

Nür kulturelle Freiräume in der Stadt

B-SIDE

**BÜNDNIS 90
 DIE GRÜNEN**

Impressum

WINTER 2016

Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster
 Telefon: 0251 - 511 121
 Internet: www.sperre-online.de
 E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Norbert Attermeyer (noa)
 Agneta Becker (abe)
 Thomas Krämer (tk, V.i.S.d.P.)
 Lisa Liesner (lli)
 Elske Schemann (esche)
 Christoph Theligmann (ct)
 Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter

Peter Andres, Heinz Annas, Dirk Schwittkowski, Darta Sils

Gestaltung - Layout - Titel

Ulrike Goj

Fotos

Agneta Becker, sowie namentlich gekennzeichnete Fotos

Online

sperre-online.de
 Peter Andres, Elske Schiemann,
 Dirk Schwittkowski, Lisa Liesner

Anzeigen/Spenden

Peter Andres, Maria Hamers

Bankverbindung:

Bankverbindung:
 Sparkasse Münsterland Ost
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
 als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im Innen-Stadtgebiet Münsters
 Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber.
 Wir freuen uns über jede Zuschrift.
 Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

April 2017

Redaktionsschluss

01.03.2017

Anzeigenschluss

15.03.2017

Mit finanzieller Unterstützung von:



Manch eine*r fühlt sich auch moralisch und emotional verpflichtet weiter zu machen, z.B. in der Pflege. Streikende können auch nicht unbedingt mit Akzeptanz oder gar Solidarität rechnen, wie Arbeitskämpfe der Lokführer und Kita-Angestellten in den letzten Jahren gezeigt haben. Konkurrenzdenken und Vorurteile isolieren die Betroffenen.

Zwar ist das Zutrauen in die etablierten Gewerkschaften gesunken. Doch gab es in den vergangenen Jahren europaweit etliche Arbeitskämpfe, die es sich anzuschauen lohnt. Weil sie Mut machen und offenbaren, dass die Betroffenen eben nicht alleine da stehen, wenn sie ihre Rechte einfordern. Und weil es Menschen braucht, die sich solidarisieren.

Die neuen Arbeitskämpfe sind vielfältig, eine Menge findet man online. Eine Übersicht mit Vernetzungsplattformen, Dokumentationen und Literatur ist bei der Sperre Online zu finden.

Denn niemand – egal wer, egal wo – muss unter unwürdigen Bedingungen arbeiten. Es lohnt sich, seine Rechte vehement einzufordern. Vorbilder und Inspirationen gibt es genug. Und als KonsumentIn, Eltern oder anderweitig Betroffene tu ich gut daran, die Streikenden dabei zu unterstützen. Zum Beispiel als kritischer Kunde oder als solidarischer Vater eines Kita-Kindes. *lli*

Mehr dazu online: <http://www.sperre-online.de/?p=6754>

Sanktionen treffen die Schwächsten – oft mehrfach

Viele ALG-II-EmpfängerInnen werden mehrfach oder sogar vollsanktioniert. Und das trotz des Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Dies bezügliche Entscheidungen vom Bundesverfassungsgericht scheinen in der Sanktionierungspraxis vieler Jobcenter keine Berücksichtigung zu finden. Seit 2010 werden trotz sinkender Zahlen von Hartz-IV-BezieherInnen mehr Menschen sanktioniert. Besonders häufig trifft es als schwächste Glieder der Kette weniger Gebildete. Dem sind ist das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nachgegangen.

Neue Befunde des IAB „deuten nun darauf hin, dass die Sanktionsregeln nur formal für alle gleich sind“. In einer quantitativen Analyse zeigen sie, dass Hartz-IV-EmpfängerInnen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss häufiger sanktioniert werden als beispielsweise Abiturientinnen und Abiturienten. Den Geringqualifizierten fehlt schlicht das nötige Know-how, um sich vor drohenden Sank-

tionen zu schützen – mit gravierenden Folgen.

Die Forscher kommen daher zu dem Schluss, dass die Sanktionen in der Grundsicherung soziale Ungleichheit reproduzieren. Sie empfehlen außerdem, die Befunde künftig bei der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte in den Jobcentern zu berücksichtigen und die Sanktionsregeln generell zu entschärfen.

Mehr Infos und haarsträubende Praxisbeispiele von Stefan Sell auf: <http://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2016/11/238.html>
 Text IAB: http://www.boeckler.de/67545_67565.htm

Mietobergrenzen für Münster

Bei Hartz IV und Sozialhilfe wird die Miete übernommen, soweit sie angemessen ist. Die Obergrenzen unterscheiden sich von Ort zu Ort. Für das Stadtgebiet Münster gelten seit August 2015 folgende Zahlen:

Anzahl der Personen im Haushalt	1	453,50	EUR	Gesamtbeitrag aus angemessener Kaltmiete + angemessenen Nebenkosten
	2	557,70	EUR	
	3	661,60	EUR	
	4	793,25	EUR	
	5	949,30	EUR	
	6	1.088,75	EUR	
	7	1.197,00	EUR	
	Ab 8	Einzelfallentscheidung		

CHANCE

www.chance-muenster.de

Möbel und Trödel

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
 Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
 Mo. - Fr.: 9:30 - 19:00 Uhr, Sa.: 9:30 - 16:00 Uhr

Sobi
Sozialpädagogisches
Bürozentrum
Münster

Gesund durch den Winter mit unseren Kursen!

- Bewegter Balance durch Faszien-Rotation
Beginn Mi 11.1.17
- Feldenkrais | Beginn Mo 9.1.17
- Pilates & Tai Chi | Beginn Di 10.1.17
- Auftanken mit Fasten & Faszien
Fastenwoche im Sobi | Fr 7.4. - Do 13.4.17
- 8 Wochen MBSR – Kurs
Stressbewältigung durch Achtsamkeit
Beginn: Mi 18.1.17
- Schnupperkurs Stressbewältigung | Do 12.1.17

www.sobi-muenster.de | Fon 0251 51 11 77

PIZZERIA IM CUBA NOVA

www.cubanova.de

dienstags
PASTA-TAG
jede Pasta 5€

donnerstags
PIZZA-TAG
jede Pizza 5€*

*außer Scampi, Frutti di Mare und Atlantica

Achtermannstr. 10-12 - Münster / Reservierung: 0251- 48 28 200 / reservierung@cubanova.de

PIZZA & PASTA  CUBA
NOVA



ZU FISCHSTÄBCHEN

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Die Mietpreise in Münster sind drastisch gestiegen und nur die Vermieter profitieren davon. In Münster fehlen 5000 bezahlbare Wohnungen für Obdachlose, Studierende, Flüchtlinge und Menschen mit niedrigem Einkommen.

DIE LINKE fordert ein Wohnungsprogramm, das bis 2020 die notwendigen Wohnungen schafft und die Mietpreise senkt.

www.linksfraktion-muenster.de

DIE LINKE.

Ratsfraktion Münster